

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das heutige Update kommt fast parallel zur traurigen Nachricht vom Tod des Dissidenten Alexej Nawalny in russischer Haft. Es ist anzunehmen, dass dies zu weiteren Sanktionsüberlegungen in den nächsten Wochen führt. Zwei große Themen bestimmten bis dahin die Debatten der vergangenen Wochen: die Vorbereitungen zum 13. EU-Sanktionspaket und eine mögliche Enteignung der PCK Raffinerie in Schwedt. In diesem Update fassen wir für Sie den derzeitigen Kenntnisstand zu beiden Themen zusammen. Mit dem neuen Sanktionspaket ist für den 24. Februar zu rechnen. Dabei ist mit einer starken Ausweitung der Sanktionen gegen Einzelpersonen, Institutionen und Unternehmen zu rechnen, die an Sanktionsumgehungen beteiligt sein sollen. Erstmals könnten auch Unternehmen aus China in diesem Zusammenhang gelistet werden. Genau aus diesem Grund hat Ungarn weiteren Gesprächsbedarf angemeldet.

Erste Entscheidungen zur stärkeren Heranziehung eingefrorener russischer Gelder für den Wiederaufbau in der Ukraine sind bereits gefallen: Die EU lehnt weiter eine Enteignung der Gelder ab, bemüht sich aber jetzt um eine Nutzung der Zinserträge. Am 12. Februar legte die EU eine neue Gesetzgebung vor. Demnach müssen Zentralverwahrer wie die belgische Euroclear, die bis zu 200 Milliarden Euro an russischem Zentralbankgeld verwalten, die Nettogewinne aus den eingefrorenen Summen getrennt halten und aufbewahren, bis die EU-Mitgliedstaaten einen Mechanismus für ihre Weiterleitung an die Ukraine eingerichtet haben. Nach Schätzungen der EU könnten auf diese Weise in den nächsten vier Jahren 15 bis 17 Milliarden Euro erwirtschaftet werden.

Weiterhin teilnehmen können Sie an einer Ost-Ausschuss-Umfrage und dadurch Ihre aktuellen Fragen unter anderem zum 12. Sanktionspaket hinterlegen.

Wie immer freuen wir uns über Feedback und Hinweise!

OA-Update 2024/03
Stand: 16. Februar

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Jahresbilanz: Historischer Einbruch im Russlandhandel

Der historisch beispiellose Einbruch im Russland-Handel um 75 Prozent und die schwache Konjunktur in Deutschland und Mittelosteuropa haben dem deutschen Osthandel erwartungsgemäß einen Dämpfer verpasst. Das zeigen die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für das Gesamtjahr 2023, die der Ost-Ausschuss aktuell ausgewertet hat. Der Wert der mit den 29 Zielländern des Ost-Ausschusses gehandelten Güter ging gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent zurück. Dazu trugen auch niedrigere Importpreise insbesondere für Energieträger und Rohstoffe maßgeblich bei. Ohne Russland wäre der deutsche Osthandel 2023 stabil geblieben. Insgesamt handelte Deutschland mit der Region aber erneut Waren im Wert von über einer halben Billion Euro: Die deutschen Einfuhren aus Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien gingen wertmäßig um 9,9 Prozent auf 261 Milliarden Euro zurück, die Ausfuhren dagegen nur um drei Prozent auf 274 Milliarden Euro.

„Auf die 29 Staaten Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens entfallen weiter über 18 Prozent des gesamten deutschen Außenhandels – mehr als auf China und die USA zusammen“, betont die Ost-Ausschuss-Vorsitzende Cathrina Claas-Mühlhäuser. „Der Osthandel ist damit weiterhin eine wichtige Stütze für den deutschen Export.“

Die wirtschaftliche Entflechtung der deutschen Wirtschaft von Russland ist in den Handelszahlen deutlich ablesbar: Der deutsche Handel mit Russland schrumpfte 2023 um drei Viertel auf 12,6 Milliarden Euro. Die Ausfuhren gingen nach der Ausweitung von Sanktionen um 38,7 Prozent auf 8,9 Milliarden Euro zurück. Die früher von Energieträgern dominierten Einfuhren sanken nach dem Beginn des Ölembargos Anfang 2023 um 90 Prozent auf nur noch 3,7 Milliarden Euro. Unter den deutschen Handelspartnern fiel Russland 2023 noch hinter Slowenien auf Platz 38 (2022: Platz 14).

Zum Einbruch im Russland-Handel trägt auch der anhaltende Rückzug deutscher Unternehmen vom russischen Markt bei. Dabei richtet sich der Fokus der Unternehmen auch auf Zentralasien und den Südkaukasus. „Es wäre falsch die steigende Nachfrage nach deutschen Produkten in diesen Ländern einfach auf Sanktionsumgehung in Richtung Russland zu schieben“, betont Claas-Mühlhäuser. Die Neuorientierung vieler Unternehmen und die kräftige Konjunktur in der Region spielten eine wichtige Rolle. „Unsere Position ist hier glasklar: Sanktionsumgehungen müssen im konstruktiven Dialog mit den Ländern verhindert, Schlupflöcher geschlossen werden“, sagt Claas-Mühlhäuser. „Jedes sanktionierte Gut, das Russland erreicht, ist eines zu viel.“ Zugleich aber müssten Deutschland und die EU ihre Wirtschaftsbeziehungen mit diesen aufstrebenden Märkten konsequent ausbauen und sich dort nachhaltig als Partner empfehlen. „Länder wie Kasachstan und Usbekistan gewinnen als alternative Wirtschaftsstandorte, Rohstofflieferanten und Handelspartner rasant an Bedeutung“ sagte Claas-Mühlhäuser. „Wir dürfen das Feld nicht einfach China überlassen. Europa muss hier viel präsenter sein, mit Know-how und auch mit Kapital. Es ist höchste Zeit, dass die EU hier handfeste Ergebnisse in Form von Projekten vorweisen kann.“

Hier finden Sie die vollständige Pressemitteilung:

[Osthandel bleibt trotz Dämpfer Stütze des deutschen Exports | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Übersichtstabelle mit den Handelszahlen zu allen 29 Ost-Ausschuss-Ländern:

[Statistik | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

No-Russia-Klausel / Offene Fragen zum 12. Sanktionspaket

Seit dem 12. Sanktionspaket im Dezember gibt es eine neue Klausel, die für EU-Exporteure und eine begrenzte Anzahl von Gütern gilt. Sie bedeutet, dass beim Verkauf, der Lieferung, der Verbringung oder der Ausfuhr in ein Drittland (mit Ausnahme von Partnerländern) die Wiederausfuhr nach Russland sowie die Wiederausfuhr zur Verwendung in Russland vertraglich verboten ist. Unter die Verbotsklausel fallen Güter mit doppeltem Verwendungszweck, fortgeschrittene Technologiesüter, die in russischen Militärsystemen verwendet werden, die auf Schlachtfeldern in der Ukraine aufgefunden wurden oder die für die Entwicklung, Herstellung oder Nutzung dieser russischen Militärsysteme von entscheidender Bedeutung sind, Luftfahrtgüter und Waffen.

Das Thema wurde bei einem Ost-Ausschuss-Briefing zum 12. Sanktionspaket am 19. Januar vielfach angesprochen. Unter dem unten angegebenen Link finden Sie einen unverbindlichen Textvorschlag, wie eine „No-Russia-Clause“ im Sinne von Art. 12g der VO (EU) 833/2014 formuliert werden könnte. Betrachten Sie dies nur als Hilfestellung, nicht als Empfehlung. Sie müssen in jedem Fall diesen Textvorschlag Ihren individuellen Gegebenheiten anpassen und/oder sich mit einem Berater/Anwalt abstimmen. Gegebenenfalls folgen auch noch ergänzenden Hinweise der Kommission und/oder des BMWK.

[Art 12g VO 833 2014.pdf \(ost-ausschuss.de\)](#)

Andere offene Fragen zum 12. Sanktionspaket kreisen beispielsweise um das Verbot des Einsatzes von Software und weitere Dienstleistungsbeschränkungen. Zum Thema Software hat die EU-Kommission am 6. Februar neue FAQ veröffentlicht, die allerdings weiterhin nicht alle Unklarheiten beseitigen:

[Frequently asked questions on restrictions on software concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

Weitere FAQ zum 12. Sanktionspaket sind angekündigt.

Alle bislang erstellten EU-FAQ finden Sie hier (Stand 6.2.2024):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Weitere offene Fragen sind wir bemüht, im Austausch mit Berlin und Brüssel zu klären.

Um Ihre Themen möglichst komprimiert, konsolidiert und anonymisiert an das BMWK und die EU-Kommission weiterleiten zu können, möchten wir Sie bitten, sich an nachfolgender Umfrage zu den Wirkungen der Sanktionen im Allgemeinen und denen des 12. Sanktionspaketes, der Secondary Sanctions und der neuen russischen gesetzlichen Regelungen zu beteiligen. Ihre Antworten bilden die Grundlage für ein entsprechendes Dokument, das wir zusammen mit der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer erarbeiten.

[Zur Umfrage](#)

2. Deutschland

BMWK erwägt Enteignung der PCK-Ölraffinerie und Verkauf nach Polen

Das Bundeswirtschaftsministerium (BMWK) steht nach Informationen von Business Insider und des Handelsblatts kurz vor der Entscheidung, Rosneft von seinen Anteilen an der für Deutschlands Ölversorgung wichtigen brandenburgischen PCK-Ölraffinerie in Schwedt zu enteignen. Eine Entscheidung, so heißt es laut den Medienberichten regierungsintern, müsse spätestens zu Anfang März getroffen werden. Der russische Ölkonzern ist Mehrheitseigner und hält über zwei Töchter etwa 54 Prozent an der Raffinerie, die große Teile des Nordosten Deutschlands mit Treibstoff versorgt. Der Bund hatte diese Anteile im September 2022, sieben Monate nach dem russischen Angriff auf die Ukraine, unter Treuhandverwaltung der Bundesnetzagentur gestellt. Damit übernahm der Bund nicht nur die Kontrolle über Rosneft Deutschland und der dazugehörigen RN Refining & Marketing, sondern auch über PCK. Das Ministerium sah die deutsche Energieversorgungssicherheit gefährdet. Mit der Treuhandverwaltung wollte man sicherstellen, dass keine liquiden Mittel nach Russland abfließen und das Unternehmen in Folge der EU-Sanktionen 2023 ohne russisches Öl weitergeführt wird. Statt russischen Öls bezieht PCK nun Tankeröl über die Häfen Rostock und Danzig sowie Öl aus Kasachstan, transportiert über die Druschba-Pipeline.

Mit dem Start der Treuhandverwaltung blieb allerdings unklar, wie es mit den Rosneft-Anteilen weitergeht, schreibt Business Insider. In Regierungskreisen hieß es nach Angaben des Handelsblatts, Ziel bleibe es, den Geschäftsbetrieb von Rosneft Deutschland verlässlich und auf Dauer zu sichern. Wenn am im März die Treuhandverwaltung zum dann dritten Mal auslaufe, drohe ohne eine staatliche Entscheidung, dass Rosneft Deutschland seinem Versorgungsauftrag nicht mehr nachkommen könne. In Regierungskreisen hieß es weiter, eine Entscheidung zu einer Enteignung sei zwar noch nicht gefallen. Allerdings halte man die ständige Verlängerung der bestehenden Treuhandverwaltung nicht mehr für das geeignete Mittel. Rosneft ist nicht nur größter Anteilseigner der Raffinerie in Schwedt. Das Unternehmen ist auch an den Raffinerien MIRO in Karlsruhe sowie Bayernoil im bayerischen Vohburg beteiligt.

Rosneft hatte bereits im Oktober 2022 gegen die Treuhandverwaltung seiner beiden deutschen Tochterfirmen vor dem Bundesverwaltungsgericht geklagt (Az: BVerwG 8 A 2.22). Zwar hatte das Gericht die Klage abgewiesen, doch die Richter hatten auch klargemacht, dass eine weitere Verlängerung ein erhebliches juristisches Risiko birgt, schreibt Business Insider. Weil man die Anteile aber nicht wieder einfach an Rosneft zurückgeben wolle, sei eine Enteignung die einzige Alternative. Am 22. Dezember 2023 soll es zum Thema ein Treffen zwischen Vertretern des Bundeswirtschaftsministeriums und Rosneft gegeben haben, berichtete der „rbb“. Offenbar hatte man zu diesem Zeitpunkt schon geprüft, ob man als Bundesregierung aus der Treuhandverwaltung aussteigen und unter welchen Bedingungen man die Rosneft-Anteile veräußern kann.

Die rechtlichen Voraussetzungen für eine Enteignung hätte die Bundesregierung, schreibt Business Insider. Der Bundestag verabschiedete dazu 2023 das Energiesicherungsgesetzes (EnSiG), welches der Bundesregierung erlaubt, Anteile von Unternehmen unter Treuhandverwaltung leichter zu verkaufen. Die Bundesnetzagentur füllt aktuell die

Funktion eines Treuhänders gemäß Energiesicherungsgesetz (EnSiG) aus. Die Treuhanderschaft nach EnSiG gilt für jeweils sechs Monate und muss dann verlängert werden, das nächste Mal dann im März 2024. Die Bundesregierung setze sich mit den Verlängerungen aber dem Vorwurf aus, die Enteignung schleichend voranzutreiben, schreibt das Handelsblatt. Daher sei es besser, nun eine transparente Lösung zu finden. Nach Angaben aus Regierungskreisen soll das Anhörungsverfahren am 10. März abgeschlossen werden. Dann könnte umgehend die Enteignung erfolgen.

„Rosneft hätte nach dem Energiesicherungsgesetz einen Anspruch auf Entschädigung, wenn es sich auf den Schutz des Eigentums nach Artikel 14 des Grundgesetzes berufen könnte“, sagte der auf Energierecht spezialisierte Anwalt Christian von Hammerstein von der Berliner Kanzlei Raue der „Welt“. Ob der Schutz auch für ein im Eigentum des russischen Staates stehendes Unternehmen gelte oder eine entschädigungslose Enteignung des russischen Konzerns möglich sei, „ist zumindest fraglich und müsste vor Gericht abschließend geklärt werden.“

Zwar war es der Bundesregierung gelungen, bereits die russische Gazprom in Deutschland entschädigungslos zu enteignen. Doch war der Fall anders gelagert, betont der Kommentator der „Welt“: Moskau hatte das Eigentum an Gazprom Germania ohne Konsultation deutscher Behörden zwielichtigen Mittelsmännern übertragen wollen. Damit habe sich Russland juristisch angreifbar gemacht – die Bundesregierung konnte mit Verweis auf gesetzliche Verstöße Gazproms das Gasgeschäft übernehmen, ohne dafür Entschädigung nach Moskau überweisen zu müssen.

Beim Raffinerien-Geschäft liege ein offensichtlicher Rechtsbruch des russischen Eigners allerdings nicht vor. Auch seien die Öl-Importe nicht Teil von EU-Sanktionen: Die Bundesregierung hatte aus eigenem Antrieb für sich entschieden, die Rohöl-Einfuhren aus Russland auf Null zu senken. Juristisch dürfte es schwer fallen, eine Entschädigungszahlung wegen eines Fehlverhaltens von Rosneft zu begründen, urteilt die „Welt“.

Zudem könne sich Rosneft neben Grundgesetz und Energiesicherheitsgesetz auch auf das 1989 zwischen Deutschland und der damaligen Sowjetunion geschlossene Investitionsschutzabkommen berufen. „Das Abkommen ist weiterhin gültig, da Deutschland Russland offiziell als Rechtsnachfolger der Sowjetunion anerkannt hat“, sagte Rechtsanwalt Richard Happ von der Kanzlei Luther der „Welt“: „Auch dieses Abkommen enthält Regeln zu Entschädigungszahlungen.“

Noch ist unklar, wie hoch eine Entschädigungszahlung ausfallen könnte. Die russische Tageszeitung „Wedomosti“ berichtete im Jahr 2022 unter Berufung auf ein ungenanntes Beratungsunternehmen, dass sich die Vermögenswerte von Rosneft in Deutschland auf 7 Milliarden Dollar belaufen könnten. Zu den größten Beteiligungen zählt die PCK-Raffinerie. Die „Welt“ befürchtet bereits, dass Deutschland mitten im russischen Krieg gegen die Ukraine gezwungen sein könnte, hohe Millionenbeträge nach Moskau zu überweisen. Dabei lässt der Kommentator aber außer Acht, dass Zahlungen auch auf Sperrkonten erfolgen könnten, solange Russland sanktioniert ist. Zudem hätte der Bund auch mit Einnahmen aus der Weitergabe von Anteilen zu rechnen.

Sowohl nach deutschem Recht als auch nach dem Völkerrecht müsse Berücksichtigung finden, dass Rosneft durch seine Versuche einer bewussten Destabilisierung der deutschen Energieversorgungssicherheit für das Erfordernis der Enteignung letztlich selbst verantwortlich sei. Um eine entschädigungslose Enteignung durchzusetzen, müsse das Bundeswirtschaftsministerium aber eine kluge völkerrechtliche Strategie entwerfen. „Ich gehe davon aus, dass die jetzt möglicherweise anstehende Enteignung Rosnefts im Ministerium seit Monaten akribisch vorbereitet wird“, sagt der Staatsrechtslehrer Till Patrik Holterhus, Professor für Internationales Öffentliches Recht an der Leuphana Universität Lüneburg, der FAZ.

Das Risiko einer Klage von Rosneft vor einem internationalen Schiedsgericht schätzt der Zeitung gegenüber auch Patrick Abel vom Lehrstuhl für internationales Wirtschaftsrecht der Universität Passau als hoch ein. Hier könnte der Konzern unabhängig von einer Entschädigung Schadenersatzansprüche geltend machen, sagt der Jurist. „Diese Forderungen können höher sein als die Entschädigungssumme und ebenfalls in die Milliarden gehen“, betont Abel und verweist zum Vergleich auf das Schiedsverfahren um das ehemalige russische Öl- und Gasunternehmen Yukos.

Ein russisches Mitverschulden für das Erfordernis einer Enteignung von Rosneft Deutschland könne zwar als Argument taugen, um die Höhe einer Entschädigungszahlung zu reduzieren. Wer keine Entschädigung zahle, biete allerdings eine größere Angriffsfläche für Schadenersatzforderungen, gibt der Völkerrechtsexperte zu bedenken, der den Bundestag bei der Novelle des Energiesicherungsgesetzes wie Holterhus ebenfalls beraten hat.

Nach Informationen von Business Insider will das BMWK die Anteile offenbar nach Polen weiterverkaufen. Die dortige Regierung soll das Wirtschaftsministerium schon im Juni vergangenen Jahres dazu aufgefordert haben, Rosneft aus dem Konzern zu drängen, um den Weg für polnische Investoren freizumachen. Doch aktuell herrscht zu dieser Frage und der geplanten Enteignung wohl zwischen Habecks Haus sowie dem beteiligtem Bundesfinanzministerium und dem Bundeskanzleramt keine Einigung. Ungeklärt ist, ob es noch andere interessierte Käufer gibt. Der Energieriese Shell, der noch mit 37,5 Prozent an der PCK-Raffinerie beteiligt ist, hatte im Dezember angekündigt, seine Anteile an die britische Prax-Gruppe verkaufen zu wollen.

Die Raffinerie PCK ist von entscheidender Bedeutung für die Versorgung der ostdeutschen Bundesländer, einschließlich Berlin, mit Benzin, Diesel, Heizöl und Kerosin. Der russische Konzern Rosneft ist noch immer Hauptaktionär des Betriebs, der auch Teile West-Polens mit Kraftstoffen versorgt. Es handelt sich um die viertgrößte Raffinerie in Deutschland.

Die russische Regierung hat erwartungsgemäß mit deutlicher Kritik auf Überlegungen zur Verstaatlichung von Rosneft reagiert. Ein solcher Schritt wäre „nichts anderes als die Enteignung fremden Eigentums“, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow vor Journalisten, wie die Nachrichtenagentur AFP schreibt. Solche Maßnahmen untergrüben „die wirtschaftlichen und rechtlichen Grundlagen der europäischen Staaten“, fügte Peskov hinzu. Zudem würden sie die Attraktivität als Investitionsstandort entwerten. Man werde keinen Schritt ausschließen, um russische Interessen zu verteidigen, so Peskow auf die Frage, ob im Gegenzug deutsches Vermögen in Russland konfisziert werden könnte.

Zuvor hatte Rosneft-Deutschland nach Angaben des Handelsblatts bereits erklärt, sich mit allen juristischen Mitteln gegen eine Enteignung stemmen zu wollen. „Rosneft wird als börsennotierte Aktiengesellschaft alle Maßnahmen ergreifen, um die Rechte ihrer Aktionäre zu schützen“, teilte ihre Kanzlei Malmendier Legal mit. Eine Enteignung wäre in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beispiellos und würde auf immer der Investitionssicherheit schaden.

Negative Folgen befürchtet die „Welt“ auch für die Kooperation mit Kasachstan, das anstelle von Russland seit einiger Zeit PCK Schwedt über die Druschba-Pipeline versorgt, wofür Russland allerdings Transitgebühren geltend machen kann. : Enteignet die Bundesregierung Rosneft-Besitz in Deutschland, dürfte Moskau kein Interesse mehr daran haben, die Druschba-Pipeline weiterhin für die Durchleitung kasachischen Öls zur Verfügung zu stellen, spekuliert die „Welt“. Die ostdeutsche Raffinerie wäre dann wieder ausschließlich auf die Häfen Rostock und Danzig angewiesen. Weil für den wirtschaftlichen, aber auch technischen Betrieb der Anlagen eine gewisse Mindestauslastung nötig ist, könnte der Wegfall kasachischer Mengen ein Risiko darstellen.

Ein mit den Gesprächen vertrauter Insider sagte der Nachrichtenagentur Reuters, die polnische Seite habe daher der Bundesregierung vor rund zwei Wochen zugesichert, die Versorgung aus Kasachstan zu ersetzen, sollte diese stocken. Die Lieferungen gehen durch Leitungen in Russland. Schwedt könnte insgesamt knapp 2,5 Millionen Tonnen Rohöl pro Jahr aus Polen bekommen, sagte der Insider. Das Volumen aus Kasachstan belaufe sich derzeit auf 1,0 bis 1,2 Millionen Tonnen. Über Danzig kämen rund 1,2 Millionen Tonnen.

[PCK Schwedt: Habeck plant offenbar Enteignung von Rosneft-Anteilen - Business Insider](#)

[Bundesregierung prüft wohl eine Enteignung von Rosneft - DER SPIEGEL](#)

[Rosneft-Enteignung: Deutschland droht hohe Millionen-Forderung aus Russland - WELT](#)

[Energieversorgung: Bundesregierung ebnet Weg für Verstaatlichung von Rosneft Deutschland \(handelsblatt.com\)](#)

Kuka gibt sein Russland-Geschäft ab

Der deutsche Hersteller von Industrierobotern Kuka hat sich laut Informationen von Interfax aus Russland zurückgezogen. Seit Ende 2023 firmieren zwei Topmanager der ehemaligen Russlandtochter OOO Kuka Robotics als deren alleinige Eigentümer. Das hat das Unternehmen gegenüber der Nachrichtenagentur bestätigt, die in ihrem Bericht von einer vorübergehenden Kontrolle durch das lokale Management spricht. Das Unternehmen wird künftig unter dem Namen Industrial Robotics in Russland tätig. Nach eigenen Angaben stammt jeder zweite Industrieroboter in Russland von Kuka, das seit seiner Übernahme durch den chinesischen Hausgerätehersteller Midea im Jahr 2016 auch in China produziert.

Auch Mercedes verkauft Anteile in Russland

Mercedes-Benz hat nach Informationen des Handelsblatts seine Beteiligung am russischen Lkw-Bauer Kamaz abgestoßen. „Die Mercedes-Benz Group AG hat ihre Anteile am Nutzfahrzeughersteller Kamaz veräußert“, erklärte demnach ein Sprecher. Die behördlichen Genehmigungen seien erteilt und die Transaktion im Februar vollzogen worden. Angaben zum Käufer machte der Dax-Konzern nicht. Daimler war mit 15 Prozent an Kamaz beteiligt. Nach der Trennung von Mercedes-Benz und Daimler Truck 2021 verblieb das Eigentum bei Mercedes-Benz als Rechtsnachfolgerin. Daimlers Lkw-Sparte war aber operativ tätig in Russland und baute zusammen mit Kamaz Nutzfahrzeuge. Mit dem Angriffskrieg Russlands und den damit einhergehenden Sanktionen der EU zog sich auch Daimler Truck aus Russland zurück. Der Konzern schrieb wegen des Rückzugs von Kamaz 200 Millionen Euro ab.

Kyiv School of Economics: Abwanderung aus Russland geht weiter

Mit Stand vom 4. Februar 2024 haben nach Angaben der Kyiv School of Economics 356 internationale Unternehmen (27,8 Prozent der Unternehmen, die 2022 in Russland Umsatz gemacht haben) ihre Tätigkeit in Russland vollständig eingestellt. Sie beschäftigten 2021 über eine halbe Million Mitarbeiter und erwirtschafteten 2022 einen Jahresumsatz von 93,1 Milliarden Dollar. 1.210 ausländische Unternehmen haben ihre Tätigkeit eingeschränkt oder die Absicht bekundet, das Land zu verlassen. Auf diese entfallen 352.800 Mitarbeiter und ein Jahresumsatz von 73,1 Milliarden Dollar. 544 Unternehmen (14,7 % der Gesamteintragungen) hätten ihre derzeitigen Aktivitäten reduziert, neue Investitionen ausgesetzt und warteten weiter ab.

Bislang noch keine Anstalten zum Verlassen des Marktes machen laut KSE 1594 Unternehmen (43 % der Gesamteintragungen).

[bne IntelliNews - KSE: Just under 10% of foreign companies working in Russia have left, more than half are staying](#)

3. Europäische Union

13. Paket:

EU plant zum Jahrestag von Kriegsbeginn neue Russland-Sanktionen

Während eine Reihe von Fragen zum im Dezember vorgelegten 12. Sanktionspaket aus Sicht vieler Unternehmen noch nicht befriedigend geklärt wurden, bereitet die EU gegenwärtig zum zweiten Jahrestag des Krieges in der Ukraine das dann 13. Sanktionspaket vor. Die EU-Botschafter erhielten laut Informationen von Euractiv am Donnerstag (8. Februar) von der Europäischen Kommission und dem diplomatischen Dienst der EU (EAD) den Vorschlagstext für das dreizehnte Sanktionspaket und führten eine erste Diskussion über dessen Inhalt.

Neue Personen- und Unternehmenssanktionen auch gegen Drittländer

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur sieht das Paket eine erhebliche Erweiterung der Liste mit Personen und Einrichtungen vor, deren in der EU vorhandene Vermögenswerte eingefroren werden müssen. Von bis zu 200 neuen Namen ist die Rede. Laut einem Entwurf des Dokuments, das Euractiv einsehen konnte, handelt es sich darunter um über 50 neue Einrichtungen und mehr als 60 Einzelpersonen, darunter befinden sich mehrere militärische und andere Beamte, Politiker und Unternehmensleiter. Betroffen sind nach übereinstimmenden Meldungen auch 21 Unternehmen, die an der Herstellung von Waffen und der Lieferung von Schlüsseltechnologien und Elektronik beteiligt sind, die von der russischen Rüstungsindustrie für den Bau von Waffen für den Kriegseinsatz beauftragt werden. An sie dürften aus der EU dann keine militärisch nutzbaren Güter und Technologien mehr verkauft werden. Zuletzt hatte die EU mit diesem Instrument neben russischen Unternehmen beispielsweise auch Unternehmen ins Visier genommen, die etwa im Iran, Usbekistan, Kasachstan oder den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässig sind und die an der Umgehung der EU-Strafmaßnahmen beteiligt sein sollen.

Wie die Süddeutsche Zeitung und Politico unter Berufung auf einen Entwurf des Papiers berichtet, stehen auf der neuen Liste auch drei bis vier Firmen aus China und ein indisches Unternehmen, die am Handel kriegswichtiger Güter mit Russland beteiligt gewesen sein sollen. Die Listung von Unternehmen aus China hat die EU-Kommission bereits vor Monaten ins Spiel gebracht, dies hatte sich aber wegen zahlreicher Bedenken und Sorgen vor Gegenmaßnahmen Chinas verzögert. Bislang waren nur Unternehmen aus Hongkong betroffen. Als die EU im Frühjahr 2021 erstmals Personen aus China wegen Menschenrechtsverstößen auf die Sanktionsliste setzte, hatte dies scharfe Reaktionen aus Peking ausgelöst. Das EU-Land Litauen wurde von China wegen einer zu Taiwan-freundlichen Politik wirtschaftlich bereits sanktioniert. Beim EU-China-Gipfel im Dezember 2023 hatte Ratspräsident Charles Michel bereits eine Liste von 13 Unternehmen angesprochen, „die im Verdacht stehen, eine Rolle bei der Umgehung unserer Sanktionen zu spielen“. Außerdem sollen sich auf der Liste auch je ein Unternehmen aus Sri Lanka, Serbien, der Türkei, Thailand und Kasachstan befinden. Dazu elf russische Unternehmen. Sollten die Mitgliedstaaten dem Plan zustimmen, wäre es EU-Firmen künftig untersagt, mit den gelisteten Unternehmen Geschäfte zu machen.

Auch Schifffahrtsunternehmen, die den Transport und die Logistik für den Transfer von Munition aus Nordkorea nach Russland bereitgestellt haben, seien nach Angaben von Euractiv betroffen. Der neue Sanktionsvorschlag sieht jedoch keine neuen Einfuhrverbote vor, wie etwa neue EU-Embargos gegen russische Metalle, Flüssiggas oder Unternehmen im Atomsektor.

In dem neuen Sanktionspaket konzentriert sich die EU auf den Handel mit sogenannten Dual-Use-Gütern, die sowohl für zivile als auch militärische Zwecke einsetzbar sind, schreibt die Süddeutsche Zeitung. In dem Entwurf ist die Rede von elektronischen Bauteilen, die eine „Schlüsselrolle“ für die russische Kriegswirtschaft spielten. Es sei „angemessen, bestimmte weitere Unternehmen in Drittländern, die den militärisch-industriellen Komplex Russlands in seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine indirekt durch den Handel mit solchen Bauteilen unterstützen“, in die Sanktionsliste aufzunehmen. Einige EU-Mitgliedstaaten fordern zwar, mehr russische Exporte wie Aluminium zu verbieten, doch die Europäische Kommission hofft, dass das vorgeschlagene Paket nur minimale Debatten unter den Mitgliedstaaten auslösen wird, damit es schnell verabschiedet werden kann, so Euractiv.

Wie bei früheren Runden müssen alle 27 EU-Mitgliedsstaaten einstimmig abstimmen, um das neue Sanktionspaket anzunehmen. Zuletzt meldeten verschiedene Medien, darunter Reuters, mit Berufung auf Diplomaten, Ungarn brauche noch Zeit, um das Paket zu analysieren. Bei einem Treffen der EU-Botschafter am 14. Februar war demnach Ungarn das einzige Land, das das 13. Sanktionspaket nicht unterstützte. Ungarn habe den neuen Sanktionen nicht zugestimmt, weil chinesische Unternehmen auf der Liste stehen. Der ungarische Botschafter bat demnach um etwas mehr Zeit, um den Inhalt der Vorschläge zu analysieren. Es wird erwartet, dass die neuen Maßnahmen beim Treffen der EU-Außenminister am kommenden Montag (19.2.) in Brüssel und dann bei einem Treffen der Botschafter am kommenden Mittwoch (21.2.) weiter diskutiert werden.

Weitere Sanktionsüberlegungen

Nach der Verabschiedung des 13. Sanktionspakets zum Jahrestag könnte die Europäische Kommission relativ schnell ein 14. Paket von Maßnahmen vorschlagen, einschließlich einiger neuer Einfuhrverbote, so mehrere EU-Diplomaten. Eine Gruppe osteuropäischer Mitgliedstaaten drängt die EU, ehrgeiziger zu sein und neue Wirtschaftssanktionen in das Paket aufzunehmen. Estland, Lettland, Litauen und Polen forderten drei Verbote: keine neuen Verträge mit dem staatlichen russischen Atomkonzern Rosatom, keine Investitionen in den russischen zivilen Atomenergiesektor und keine Importe von angereichertem Uran aus Russland.

Frühere Vorschläge sahen außerdem weitere Exportbeschränkungen für Metallschrott, Flüssiggas, Eisenerze und Aluminiumprodukte sowie für Güter und Technologien vor, die bei der Herstellung von Drohnen (UAV) verwendet werden, um den russischen Militärapparat zu stören. Die Ausfuhr bestimmter Güter in den Iran sollte ebenfalls durch die Anwendung des Verfahrens zur Bekämpfung von Umgehungspraktiken eingeschränkt werden.

Die Tschechische Republik hatte im Dezember versucht, einen Vorschlag zur Einschränkung der Freizügigkeit für russische Diplomaten im passfreien Schengenraum

wieder aufzugreifen, dies wurde von einer Reihe von EU-Ländern, darunter Deutschland, jedoch abgelehnt.

[Neues EU-Sanktionspaket: Russische Militär- und Technologiefirmen im Visier – Euractiv DE](#)

[EU nimmt Umgehung von Sanktionen durch Drittstaaten ins Visier - Politik - SZ.de \(sueddeutsche.de\)](#)

[EU proposes sanctions on Chinese firms for helping Russia – POLITICO](#)

Aktueller Stand aller FAQ zu Sanktionen (vom 6.2.24):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

[Übersicht zu den bestehenden EU-Sanktionen:](#)

[Die EU-Sanktionen gegen Russland im Detail - Consilium \(europa.eu\)](#)

EU-Staaten legen Grundlage für Nutzung russischer Gelder für Ukraine

Die EU hat laut übereinstimmenden Meldungen der Deutschen Presse-Agentur und von Euractiv die Grundlage für die Nutzung von Erträgen aus der Verwahrung eingefrorener russischer Zentralbank-Gelder für die Ukraine geschaffen. Wie der Rat der Mitgliedstaaten demnach mitteilte, wurden am 12. Februar zwei dafür notwendige Gesetzestexte angenommen. Die am Montag verabschiedete Gesetzgebung bedeutet, dass Zentralverwahrer (CSDs) wie Euroclear die Nettogewinne nicht verwenden dürfen. Sie müssen die Einnahmen aus den russischen Vermögenswerten getrennt halten und aufbewahren, bis die EU-Mitgliedstaaten einstimmig beschließen, einen Mechanismus für ihre Verwendung einzurichten. Es wird erwartet, dass die Europäische Kommission das Geld dann an den EU-Haushalt und anschließend an die Ukraine überweist. Allerdings ist nicht festgelegt, wann das Geld dort ankommen wird und verwendet werden kann.

Schätzungen zufolge könnte jährlich eine Summe in Milliardenhöhe anfallen, da in der EU nach Kommissionsangaben mehr als 200 Milliarden der russischen Zentralbank eingefroren wurden und die Erträge aus der Verwahrung des Kapitals laufend steigen. Das in Brüssel ansässige Finanzinstitut Euroclear hatte zuletzt mitgeteilt, 2023 rund 4,4 Milliarden Euro an Zinseinnahmen gemacht zu haben, die in Verbindung zu Russlandsanktionen stehen. Euroclear ist in der EU das mit Abstand wichtigste Institut, das Vermögenswerte der russischen Zentralbank verwahrt. Bisher sind nur die Steuern auf das Vermögen in Belgien in einen speziellen Fonds für die Ukraine geflossen, der von der belgischen Regierung verwaltet wird. Der Vorschlag betrifft zukünftige Gewinne und wird nicht rückwirkend gelten. Zudem gilt er nur für Institute, die mehr als eine Million Euro an Vermögenswerten der russischen Zentralbank halten. EU-Beamte sagten, dass dies über einen Zeitraum von vier Jahren schätzungsweise 15-17 Milliarden Euro einbringen könnte, die an die Ukraine überwiesen werden könnten. Der ukrainische

Außenminister Dmytro Kuleba begrüßte die Ankündigung. Er erklärte, Kyjiw werde „weitere Schritte ermutigen, um ihre praktische Nutzung zum Vorteil der Ukraine zu ermöglichen. Diese Schritte müssen ehrgeizig und schnell sein.“

Abgesehen von den Gewinnen aus den eingefrorenen Vermögenswerten haben die Vereinigten Staaten auch die Idee geäußert, die Vermögenswerte vollständig zu konfiszieren. Innerhalb der G7 unterstützen nach Informationen von Euractiv Großbritannien, Japan und Kanada den Vorstoß, während die europäischen G7-Mitglieder Deutschland, Italien und Frankreich dagegen seien.

EU-Beamte betonen, dass es bei der nun erreichten Lösung zunächst nur um Einnahmen gehe, die Euroclear außerplanmäßig wegen der EU-Sanktionen gegen die russische Zentralbank mache. Es sei demnach vorerst keine Enteignung im eigentlichen Sinne geplant. Als ein Grund dafür gelten rechtliche Bedenken und wahrscheinliche Vergeltungsmaßnahmen.

Moskau hat angekündigt, dass Russland Vergeltung üben würde, indem es westliche Vermögenswerte in Russland beschlagnahmt, die in einigen Berichten auf 288 Milliarden Dollar geschätzt werden, schreibt Euractiv. Denkbar wäre es beispielsweise, dass dann auch in Russland tätige Unternehmen aus EU-Ländern zwangsenteignet werden. Zudem könnte eine direkte Nutzung der russischen Vermögenswerte auch dazu führen, dass andere Staaten und Anleger das Vertrauen in den europäischen Finanzplatz verlieren und Vermögen aus der EU abziehen.

Den EU-Angaben zufolge könnten die Erträge aus der Verwahrung eingefrorener russischer Zentralbank-Gelder künftig über den EU-Haushalt an das geplante neue Finanzinstrument zur Unterstützung der Ukraine weitergeleitet werden. Die sogenannte Ukraine-Fazilität soll bis Ende 2027 Finanzhilfen in Höhe von 50 Milliarden Euro ermöglichen.

Kritik von Euroclear

Kritik an dem nun vereinbarten Vorgehen kommt von Euroclear-Chef Lieve Mostrey. Er kritisiert in einem am 15. Februar veröffentlichten Artikel in der Financial Times, über den BNE Intellinews berichtet, den Plan der G7 zur Nutzung eingefrorener russischer Guthaben. „Die Verwendung von Vermögenswerten, die einem nicht gehören, als Sicherheit kommt einer indirekten Beschlagnahme oder einer Verpflichtung zur künftigen Beschlagnahme ziemlich nahe, was genau die gleichen Auswirkungen auf die Märkte haben könnte wie eine direkte Beschlagnahme“, so Mostrey.

Die USA drängen darauf, dass die gesamte Summe einfach beschlagnahmt und der Ukraine übergeben wird, und haben im Dezember ein entsprechendes Gesetz verabschiedet. Auf Euroclear entfallen etwa 191 Milliarden Euro an russischen Vermögenswerten, die USA haben nur etwa 5 Milliarden Dollar an russischen Geldern eingefroren.

Ein anderer europäischer Vorschlag, um das Kapital anzupapfen, der derzeit diskutiert wird, besteht darin, die eingefrorenen Vermögenswerte als Sicherheiten zu verwenden und Schulden gegen das Geld aufzunehmen, das der Ukraine gegeben werden kann. Diese

Regelung umgeht die Frage nach dem Eigentum an den russischen Vermögenswerten, die technisch gesehen weiterhin Russland gehören, und wirft die Frage auf, was im Falle eines Zahlungsausfalls der Ukraine geschehen würde. Eine Entscheidung über diese Regelung wurde jedoch noch nicht getroffen.

Mostrey äußerte sich skeptisch über die wahrscheinliche Reaktion der russischen Zentralbank auf derartige Maßnahmen und sagte: „Wir können uns nicht vorstellen, dass die russische Zentralbank einfach akzeptiert, dass sie beschlagnahmt wurde und dass die Verpflichtungen von Euroclear ihr gegenüber nicht mehr bestehen.“ Der Euroclear-Chef wies außerdem auf die möglichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf das Finanzsystem im Allgemeinen hin, insbesondere auf das Vertrauen in Euroclear, die europäischen Kapitalmärkte und den Euro als Währung

[Immobilised Russian assets: Council decides to set aside extraordinary revenues - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Ein Schritt näher: Gewinne aus russischen Vermögenswerten für Ukraine – Euractiv DE](#)

[bne IntelliNews - Euroclear chief slams plan to use Russian frozen assets](#)

Politico:

Fehlende Ausstattung ermöglicht im großen Stil Sanktionsumgehung über die baltischen Staaten

Laut einer Recherche von Politico wissen die Zollbeamten in den EU-Grenzstaaten, dass Lastwagenfahrer verbotene Waren nach Russland transportieren. Sie könnten aber nicht viel dagegen tun. Grund seien fehlende finanzielle und personelle Kapazitäten zur Umsetzung der Kontrollen. Infolgedessen seien die baltischen Grenzübergänge zu einem bevorzugten Ziel für diejenigen geworden, die versuchten, die Sanktionen für Waren zu umgehen, die sowohl zivilen als auch militärischen Zwecken dienen können, sowie für Luxusgüter wie Autos. Dies will Politico von Regierungsbeamten, Zollbeamten und anderen Experten erfahren haben.

Ohne genügend Personal, finanzielle Mittel oder administrative Unterstützung sei es für die Verantwortlichen angesichts des hohen Frachtaufkommens an den Grenzen oft unmöglich zu wissen, was durchgewunken werden sollte und was nicht. „Die Politiker wollen kein Geld für den Zoll ausgeben, um Sanktionen umzusetzen“, wird der litauische Zollbeamte Darius Binkys von Politico zitiert. „Wir sind alle sehr müde. Wir machen alle Überstunden.“

Die Ressourcen seien begrenzt, sagte demnach sein litauischer Kollege Rolandas Jurgaitis. Sie hätten keinen Zugang zu kostenpflichtigen Plattformen, die ihnen Informationen liefern könnten, wie z. B. den tatsächlichen Eigentümer eines Unternehmens, eine Liste der Aktionäre, die Aufschluss darüber geben könnte, wer von einer Transaktion profitieren könnte, oder auch, wer sanktioniert wurde. Die Waren, die an den baltischen Grenzen ankommen, kommen aus ganz Europa; nur 6 Prozent der Waren, die von Litauen

nach Belarus oder Russland gelangen, stammen nach Angaben des litauischen Außenministeriums aus dem Land selbst.

Laut Raimonds Zukuls, dem Direktor der lettischen Zollbehörde, fallen rund 6.000 Zollcodes unter sektorale Sanktionen für Russland und Belarus. Litauen hat zwei Grenzübergänge zu Belarus, das mit Russland eine Zollunion bildet. Viele Warenkategorien sind jedoch für Russland, nicht aber für Belarus sanktioniert, so dass die Zollbeamten Lkw-Fahrer unter Umständen nicht daran hindern können, eine Ladung über die Grenze zu bringen, wenn diese als für Minsk bestimmt deklariert ist.

Dann gibt es noch das Problem des Transit-Verkehrs: Waren gehen in Länder wie Kasachstan und Kirgisistan, die seit der Verhängung der Sanktionen gegen Russland einen Anstieg der Einfuhren einer Reihe von Waren - von Mobiltelefonen bis hin zu Holzpaletten - zu verzeichnen haben. Viele der sanktionierten Waren, die Russland durchqueren sollen, werden nach dem Grenzübertritt einfach ausgeladen - und verschwinden dann. Andere erreichten ihren Bestimmungsort, um dann wieder nach Russland exportiert zu werden.

Um das Ausmaß des Problems einzuschätzen, verglichen die Zollbeamten, wie viele Waren an der Grenze als für Kasachstan bestimmt deklariert wurden, mit der Menge, die als angekommen gemeldet wird. „Wir senden regelmäßig Anfragen an [die Drittländer], um zu prüfen, ob der Empfänger dort eine Erklärung abgegeben hat“, sagte Arturs Kovalenko, der Leiter der Zolldienststelle in Lettland. Er schätzt, dass weniger als die Hälfte der angefragten Waren in den Bestimmungsländern verzollt wurden.

Eine Analyse von Daten der Europäischen Kommission, die Politico vorliegt, ergab, dass die EU im Jahr 2022 Ausfuhren kritischer Produkte wie Kraftstoff, Maschinen und Fahrzeugteile im Wert von 1,87 Milliarden Euro nach Kasachstan verzeichnete. Im gleichen Zeitraum meldete Kasachstan nur rund 1,1 Milliarden Euro an solchen Produkten: eine Lücke von mehr als 750 Millionen Euro. Manchmal ist die Regelverletzung eklatant, sagte ein litauischer Zollbeamter, der anonym bleiben wollte, da er nicht mit der Presse sprechen durfte. Er beschrieb einen Lkw, der ankündigte, die 3 500 Kilometer lange Strecke nach Kasachstan zurückzulegen - eine einfache Fahrt, die 47 Stunden nonstop dauern würde -, um dann nur zwei Tage später wieder an der lettischen Grenze aufzutauchen. Andere Pläne sind noch plumper. Zollbeamte sowohl an der lettischen als auch an der litauischen Grenze berichten, dass sie regelmäßig einen zweiten Satz Papiere in den Lastwagen finden, aus dem hervorgeht, dass die Waren für Russland bestimmt sind.

Um die Unterschiede zwischen den Ländern zu beseitigen, haben Lettland, Litauen und Estland am 26. Januar eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sie sich verpflichten, „Schritte zur Angleichung der Zollkontrollen“ zu unternehmen.

Die Sanktionen haben die Preise in Russland in die Höhe getrieben. Ein Laptop, der in Europa ein paar hundert Euro kostet, kann in Russland 2.000 Euro einbringen, so Audrius Valeika, stellvertretender Leiter der litauischen Ermittlungsstelle für Finanzkriminalität. „Das ist ein ziemlich großes Geschäft“, sagte er Politico. „Die Russen haben immer noch das Geld, und sie brauchen diese Waren des täglichen Bedarfs in ihrem Leben, und sie zahlen.“ Selbst Schmuggler, die erwischt werden, kommen oft mit einem Klaps auf die Hand davon, da die Justiz nicht in der Lage ist, die Menge der Fälle zu bewältigen.

Von 250 Strafsachen im Zusammenhang mit den Russland-Sanktionen (Stand: Mitte Dezember) sind laut Experten nur neun bei der Staatsanwaltschaft eingegangen - und sechs der Angeklagten wurden verurteilt. Im ersten Fall dieser Art dauerte es ein Jahr, bis es zu einer Verurteilung kam. Die Geldstrafe? Nur 6.200 €.

In ihrer Erklärung vom Januar versprochen Estland und Lettland außerdem, von den Lastwagenfahrern eine Herstellererklärung zu verlangen, die die Identität des Endverbrauchers bestätigt und besagt, dass „die Transaktion keinen Anlass zu Bedenken hinsichtlich einer möglichen Umgehung internationaler Sanktionen gibt“. Litauen wiederum werde wahrscheinlich ankündigen, dass zwei weitere Grenzübergänge zu Belarus im März geschlossen werden, um konzentriertere Kontrollen zu ermöglichen, sagte der Zollbeamte Jurgaitis.

[The Baltic border loophole in EU's Russia sanctions – POLITICO](#)

Secondary Sanctions der EU: Borrell äußert sich anlehnend zu Drittlandsanktionen

Josep Borrell, Spitzendiplomat der Europäischen Union, hat sich anlässlich eines Besuchs in Kyiv zurückhaltend zu Drittlandsanktionen geäußert. In einem Interview mit dem Kyiv Independent am 7. Februar sprach Borrell über die Umgehung der Sanktionen durch Russland, den Aufstieg populistischer Gruppen in Europa und darüber, warum Europa trotz der Produktionssteigerung immer noch Schwierigkeiten hat, der Ukraine alles zu liefern, was sie für einen Sieg braucht.

"Die russische Wirtschaft wird sicherlich durch die Kriegsanstrengungen angekurbelt, aber die Inflation ist wirklich hoch, der Rubel ist wirklich niedrig, die Einnahmen aus dem Verkauf von Kohlenwasserstoffen sind ebenfalls niedrig", so Borrell hinzu.

Alle drei Argumente sind unter Experten umstritten. Obwohl die Inflation in Russland im Jahr 2023 7,5 % erreicht, liegt sie unter den 11,8 % des Vorjahres. Der Rubel, der durch die Interventionen der russischen Zentralbank über Wasser gehalten wird, hat im Vergleich zu seinem Wert vor dem Krieg nur 30 % verloren. Der Kyiv School of Economics zufolge werden die Einnahmen aus den russischen Ölexporten im Jahr 2023 183 Mrd. USD erreichen und damit dem Niveau vor dem Krieg entsprechen.

Nach Angaben von Bloomberg wurden über 45 Prozent der russischen Ölexporte von einer „Schattenflotte“ abgewickelt, die zur Umgehung der europäischen und amerikanischen Sanktionen gebaut wurde. Außerdem hat Russland seine Handelsrouten umgeleitet und seine Kohlenwasserstoffe an Länder wie China und Indien verkauft, die nicht an die Sanktionen gebunden sind.

Borrell äußerte sich in diesem Zusammenhang sehr zurückhaltend zu möglichen Sanktionen gegen diese Länder: „Sehen Sie, die europäischen Sanktionen sind nicht extraterritorial, wir können Sanktionen gegen unsere Untertanen verhängen, weil sie unserem Recht unterliegen, aber wir können keine Sanktionen gegen Drittländer verhängen“, sagte Borrell.

Unterdessen haben Statistiken des Institute of International Finance ergeben, dass die deutschen Exporte von Autos und Teilen nach Kirgisistan zwischen März 2022 und Oktober 2023 um 5.500 Prozent gestiegen sind. Kirgisistan, ein Mitglied der von Moskau geführten Wirtschaftsunion, ist eines der Hauptziele, über das militärische und nichtmilitärische Technologie nach Russland gelangt.

In einer Rede in Warschau auf dem Weg nach Kiew sagte Borrell: "Der schnellste, billigste und effektivste Weg, unsere Munitionslieferungen an die Ukraine zu erhöhen, ist die Einstellung der Exporte in Drittländer." In Kiew milderte Borrell seine Einschätzung ab, versprach aber dennoch, so viel wie möglich zu liefern. „Aber das geht nicht von heute auf morgen“, fügte er hinzu und sagte, dass jeder Mitgliedsstaat seine Verträge mit ausländischen Staaten und der eigenen Industrie neu verhandeln müsse.

Öl-Terminal in der Türkei umgeht EU-Sanktionen

Entlang der türkischen Südküste im Mittelmeer ist ein Knotenpunkt für Moskaus Energieverkäufe entdeckt worden: das Dörtyol-Terminal in der Provinz Hatay. Von diesem Ort aus wird russisches Öl seit längerer Zeit getarnt an europäische Käufer verschifft, berichtet die britische Zeitung Financial Times (FT) unter Berufung auf Schiffsverfolgungsdaten des Datenanalyseunternehmens Kpler. Vor dem Ukraine-Krieg konzentrierte sich das Terminal vor allem auf die Ausfuhr von irakischem Rohöl, das über Land ankam. Doch seit der russischen Invasion der Ukraine habe sich das geändert, heißt es. Jetzt komme hier Öl über See an, vor allem aus Russland. Laut den Daten geht es um rund 1,35 Millionen Tonnen. Das Dörtyol-Terminal, das 1984 gebaut wurde, fungiert demnach als Umschlagplatz, an dem Öl gelagert wird, bevor es an Käufer in anderen Ländern verschifft wird, vor allem in Griechenland, den Niederlanden, Belgien und Spanien.

Mit der Annahme und Einfuhr russischen Öls verstößt die Türkei nicht gegen die Russland-Sanktionen, schreibt die Berliner Zeitung. Mit dem Weitertransport aber missachtet sie das Ölembargo der EU, da diese solche Einfuhren über See verbieten. Der Eigentümer des Terminals GTS erklärte allerdings, dass es als „unabhängiges Lagerterminal“ fungiere und nicht am Handel beteiligt sei. Das Unternehmen habe weder die „Befugnis noch die Verantwortung“, den endgültigen Bestimmungsort des Öls zu überwachen, das durch seine Anlagen fließt.

[Neuer Bericht: Jetzt liefert auch die Türkei russisches Öl geheim nach Europa \(berliner-zeitung.de\)](#)

Österreich will unabhängiger von russischem Gas werden

Österreichs Energieministerin Leonore Gewessler (Grüne) will laut einem Bericht der FAZ angesichts rekordhoher Mengen an russischem Erdgas im Land die langfristigen Verträge des Öl- und Gasunternehmens OMV mit dem russischen Energiekonzern Gazprom

beenden. „Wir müssen den Ausstieg aus den Verträgen vorbereiten“, sagte sie am 12. Februar. Die Verträge mit Gazprom waren 2018 vorzeitig bis 2040 verlängert worden und sehen die verpflichtende Abnahme von großen Mengen an Erdgas vor. Dies ist laut Gewessler einer der Gründe für den hohen Anteil an russischem Gas im Land. „Die hohe Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen stellt für Österreich ein großes wirtschaftliches und sicherheitspolitisches Risiko dar“. Zudem finanziere man damit den Krieg in der Ukraine. Das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo soll bis zum Sommer die volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Vertragskündigung sowie die Gefahren einer längeren Abhängigkeit von russischem Gas analysieren. Unklar ist, auf welcher Grundlage ein Ausstieg aus den Verträgen erfolgen könnte. Die OMV sieht zunächst die Politik am Zug. „Russisches Erdgas unterliegt in Europa keinen Sanktionen und wird von mehreren Ländern importiert – über Pipelines oder LNG-Terminals. Sofern der Gesetzgeber einen Ausstieg aus russischem Gas vornehmen möchte, müssen zuerst die gesetzlichen Grundlagen dafür geschaffen werden“, teilte das teilstaatliche Unternehmen auf Anfrage der Nachrichtenagentur Reuters mit. Der Anteil an russischem Erdgas kletterte im Dezember allerdings auf den Rekordwert von 98 Prozent, nachdem er ab Sommer 2022 über einen längeren Zeitraum gesunken war. „Diese Entwicklung beweist, dass die Akteure am liberalisierten Gasmarkt zu geringe Anstrengungen unternehmen, um unsere Abhängigkeit zu reduzieren“, kritisierte Gewessler.

4. Russland

EU-Russland-Handel geht deutlich zurück

Die russischen Exporte nach Europa sind im Jahr 2023 um mehr als zwei Drittel zurückgegangen, da die EU ihre Käufe von russischem Öl und Gas drastisch reduziert hat. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur „Interfax“, die sich auf die föderale russische Zollbehörde beruft, sanken die russischen Exporte nach Europa im Jahr 2023 um 68 Prozent auf 84,9 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig stiegen die russischen Exporte nach Asien, das Europa als wichtigsten Energiekunden des Landes abgelöst hat, um 5,6 Prozent auf 306,6 Milliarden Dollar, so die Agentur.

Nach der Verhängung westlicher Sanktionen wegen des Krieges in der Ukraine hat Moskau die Veröffentlichung zahlreicher Wirtschaftsstatistiken, einschließlich der Handelsdaten mit einzelnen Ländern, eingestellt. Separate chinesische Zolldaten zeigen, dass der Handel zwischen den beiden Ländern im vergangenen Jahr einen Rekordwert von 240 Milliarden Dollar erreicht hat, und das inmitten wachsender wirtschaftlicher und politischer Beziehungen zwischen Beijing und Moskau.

Die russische Zentralbank teilte kürzlich mit, dass die Bestände an chinesischen Yuan auf russischen Bankkonten zum ersten Mal den Wert des Dollars überstiegen, da das russische Finanzsystem angesichts der Sanktionen gegen den Zugang zum Dollar die chinesische Währung umarmt. Russlands gesamter Handelsüberschuss belief sich 2023 auf 140 Milliarden Dollar – ein Rückgang um 58,5 Prozent im Vergleich zu 2022, als Moskau enorme Energieeinnahmen erzielte, da sein Einmarsch in der Ukraine die Öl- und Gaspreise in die Höhe schnellen ließ und Europa über weite Strecken des Jahres weiterhin russische Energie kaufte. Energieexporte sind eine wichtige Einnahmequelle für den russischen Haushalt und bringen jeden Monat Milliarden von Dollar ein. Die russischen Importe aus Europa waren im vergangenen Jahr ebenfalls rückläufig und sanken um 12,3 Prozent auf 78,5 Milliarden Dollar, während der Wert der aus Asien gekauften Waren um 29,2 Prozent auf 187,5 Milliarden Dollar anstieg, wie „Interfax“ berichtete.

Russischer Handelsbilanzüberschuss sinkt 2023 um 58,5 Prozent

Russlands positive Außenhandelsbilanz im Jahr 2023 beläuft sich auf 140 Milliarden US-Dollar, das sind 58,5 Prozent weniger als 2022 (337,2 Milliarden Dollar), wie die am 15.2. veröffentlichten Daten des Föderalen Zolldienstes zeigen. Die russischen Exporte erreichten 2023 einen Gesamtwert von 425,1 Milliarden Dollar, ein Rückgang von 28,3 Prozent gegenüber 2022 (592,5 Milliarden Dollar). Russlands Importe beliefen sich 2023 auf 285,1 Milliarden Dollar, ein Anstieg von 11,7 Prozent gegenüber 2022 (255,3 Milliarden Dollar). Der gesamte russische Außenhandel belief sich im Jahr 2023 auf 710,2 Milliarden Dollar, verglichen mit 847,8 Milliarden Dollar im Jahr 2022, ein Rückgang von 16,2 Prozent. Während die Ausfuhren nach Europa, Ozeanien und Amerika deutlich sanken, stiegen die russischen Ausfuhren nach Asien und Afrika. Die einzige Kategorie russischer Exporte, die 2023 ein Wachstum aufwies, waren die Exporte von

Nahrungsmitteln und landwirtschaftlichen Rohstoffen, die um 4,3 Prozent auf 43,1 Milliarden Dollar stiegen.

Gold gegen Bargeld - Russische Banken umgehen angeblich Sanktionen über Türkei und die VAE

Russische Banken werden verdächtigt, strenge Sanktionen zu umgehen, indem sie in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und der Türkei verdeckte Goldgeschäfte tätigen. Dies berichtete BNN unter Berufung auf eine Analyse des Finanznachrichtendienstes Sayari. Demnach haben russische Banken im ersten Quartal 2023 über 82 Millionen Dollar in verschiedenen Währungen, darunter Dollar, Euro und VAE-Dirhams, gegen Goldlieferungen eingeführt. Die Lanta Bank JSC, ein russisches Finanzinstitut mit engen Verbindungen zum Bergbauunternehmen GV Gold, wurde in dem Bericht besonders hervorgehoben.

Es gibt Unterlagen, nach denen dieselben Einrichtungen, die Bargeld nach Russland schicken, gleichzeitig Goldimporte aus Russland erhalten. Im Wesentlichen sei der Goldhandel vor allem in die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate umgeleitet worden, da die traditionellen Umschlagplätze wie London und New York aufgrund der Sanktionen abgeschnitten seien.

Im Jahr 2023 hatte die britische National Crime Agency eine Warnung herausgegeben, die darauf hinwies, dass Russland Gold zur Umgehung der lähmenden Sanktionen einsetzt. Trotz dieser Warnungen wurden die Gold-gegen-Bargeld-Transaktionen unbeirrt fortgesetzt. Russische Medien berichteten jetzt allerdings, dass türkische Banken damit begonnen haben, ihre Verbindungen zu russischen Unternehmen zu kappen, um das Risiko von US-Sanktionen zu umgehen, die Ende 2023 eingeführt worden sind.

[Russian Banks Allegedly Evade Sanctions through Covert Gold Trades \(bnnbreaking.com\)](https://www.bnnbreaking.com)

Yandex verlässt Russland - größter Unternehmensabgang seit Beginn des Ukraine-Krieges

Eine der am längsten andauernden Unternehmensgeschichten in Russland kommt zu einem Ende: Yandex N.V. - die niederländische Muttergesellschaft des größten russischen Internetunternehmens - gab am 5. Februar ihren Rückzug aus dem russischen Markt bekannt und verkaufte ihr russisches Geschäft für 5,2 Milliarden Dollar an ein Konsortium unter der Leitung des lokalen Managements. Dies ist der größte Unternehmensrückzug aus dem Land seit dem Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar 2022, wie BNE IntelliNews berichten.

Yandex gehörte zu den frühen Pionieren des Internets in Russland und hat diesen Bereich seit Jahrzehnten dominiert. Das örtliche Managementteam führt ein Konsortium an, das die russischen Aktivitäten kauft, und wird das Geschäft dort weiterführen. Das niederländische Unternehmen (YNV) wird sich unterdessen auf die Entwicklung eines

Portfolios internationaler Unternehmen konzentrieren, an dem der Mitbegründer und ehemalige CEO Arkady Volozh seit seinem Umzug nach Israel im Jahr 2014 arbeitet. Volozh ist seit der Verhängung von Sanktionen durch die EU im Juni 2022 praktisch aus dem operativen Geschäft herausgehalten worden.

Der Vorsitzende von YNV, John Boynton, erläuterte in der heutigen Erklärung die Gründe für die Transaktion: „Seit Februar 2022 stehen die Yandex-Gruppe und unser Team vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Wir glauben, dass wir unter diesen außergewöhnlichen Umständen die bestmögliche Lösung für unsere Aktionäre, unsere Teams und unsere Nutzer gefunden haben. Die vorgeschlagene Transaktion wird es den Aktionären ermöglichen, einen Teil des Wertes der zu veräußernden Geschäftsbereiche zurückzuerhalten und gleichzeitig neues Wachstumspotenzial für die internationalen Geschäftsbereiche zu erschließen, die wir behalten werden, und es den veräußerten Geschäftsbereichen ermöglichen, unter neuen Eigentümern zu operieren“, so YNV in einer Erklärung, die BNE IntelliNews per E-Mail zugesandt wurde.

Im Rahmen der Transaktion wird YNV alle seine Vermögenswerte in Russland verkaufen, die in einem neuen Unternehmen mit Sitz in Kaliningrad konsolidiert wurden. Das Käuferkonsortium wird vom russischen Managementteam sowie von einer Reihe anderer Finanzinvestoren angeführt: Argonaut (ein Investmentfonds im Besitz von Lukoil), der Risikokapitalgeber Alexander Chachava, der Geschäftsmann und ehemalige Gesetzgeber Alexander Ryazanov und Pavel Prass, ein IT-Unternehmer. Keiner der drei letztgenannten ist ein bekannter Name, aber nachdem der Vorstand bestätigt hatte, dass er keine Geschäfte mit sanktionierten Personen tätigen würde, wurde die Liste der potenziellen Käufer immer kürzer. Sobald der Verkauf abgeschlossen ist, wird YNV kein Interesse mehr an den russischen Unternehmen haben.

Das niederländische Mutterunternehmen, das sich in den kommenden Monaten umbenennen wird, hat ehrgeizige Pläne angekündigt, eine auf KI ausgerichtete Reihe globaler Unternehmen aufzubauen, ausgehend von Europa, den USA, Asien und dem Nahen Osten, wo die Unternehmen bereits tätig sind. Eine Schlüsselrolle bei diesem Vorhaben spielen die rund 1.000 Ingenieure und Entwickler, die Russland nach Kriegsbeginn verlassen haben und sich nun in den Niederlanden, Israel und an verschiedenen anderen Orten niedergelassen haben.

Angesichts des Schicksals anderer Unternehmen, die angekündigt haben, Russland zu verlassen, scheint Yandex einen guten Deal ausgehandelt zu haben. Es handelt sich um den mit Abstand größten Ausstieg in bar - viele andere Ausstiege erfolgten für nominale Summen oder führten dazu, dass ausländische Unternehmen ihre russischen Betriebe abschreiben mussten.

[bne IntelliNews - Yandex N.V. leaves Russia in largest corporate exit since the start of the Ukraine war](#)

Sanktionen: Probleme in Russlands Luftfahrt wachsen

Angesichts des Drucks auf die Gewinnmargen und einer möglichen Halbierung der Zahl der einsatzfähigen Flugzeuge bis 2026 sieht die Zukunft für russische Fluggesellschaften schwierig aus, schreibt das Online-Portal Express. In einer Reihe von Zwischenfällen in der Luftfahrt sehen sich russische Fluggesellschaften mit den Folgen westlicher Sanktionen konfrontiert, da Sicherheitsprobleme und Unfälle immer häufiger auftreten. Der jüngste Zwischenfall war die Bruchlandung eines Airbus A320 der Ural Airlines in einem Weizenfeld in Nowosibirsk, Sibirien, im September letzten Jahres. Der gestrandete Airbus A320, der sich seit sechs Monaten am Boden befindet, sei ein Beispiel für die Herausforderungen, mit denen russische Fluggesellschaften konfrontiert sind. Da sie aufgrund der Sanktionen, die nach Wladimir Putins Einmarsch in der Ukraine verhängt wurden, keinen Zugang zu Ersatzteilen oder technischen Updates haben, zahlte Ural Airlines Berichten zufolge eine Million Rubel an den Landwirt, auf dessen Land sich das außer Betrieb gesetzte Flugzeug nun befindet.

Seit die Sanktionen die Reparatur und Wartung westlicher Flugzeuge einschränken, ist ein Anstieg der Flugunfälle zu verzeichnen. Im Dezember musste eine Boeing 737 der Fluggesellschaft S7 Airlines wegen eines Triebwerksproblems in Sibirien notlanden, während ein Airbus der Rossiya Airlines am selben Tag in Mineralnye Vody einen ähnlichen Zwischenfall erlitt. Auch die staatliche Fluggesellschaft Aeroflot hatte nach Express-Angaben mit Fahrwerks- und Flügelklappenaustritten bei einer ihrer Boeing 777 zu kämpfen.

Nach Angaben des Jet Airliner Crash Data Evaluation Centre (JACDEC) hat sich die Zahl der sicherheitsrelevanten Vorfälle mit russischen Flugzeugen im Jahr 2022 mehr als verdoppelt und liegt nun bei 37 Fällen. Die tatsächliche Zahl könnte jedoch höher sein, da viele Vorfälle nicht gemeldet werden und zur Aufrechterhaltung der Lufttüchtigkeit der Flotte ausgeschlachtete Flugzeugteile verwendet werden.

Die Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA) äußerte ernste Bedenken über die Sicherheitslage in der russischen Luftfahrt und verwies auf mangelhafte Praktiken wie die Verwendung fragwürdiger Teile.

Russlands Geisterflotte für Ölexporte – tickende Zeitbomben für die Umwelt

Seit Russland im Februar 2022 in die Ukraine einmarschiert ist, ist die Zahl der Öltanker mit undurchsichtigen Eigentumsverhältnissen oder ohne angemessene Versicherung weltweit sprunghaft angestiegen. Dies meldet die Agentur AFP. Experten zufolge hat diese Schatten- oder Geisterflotte es dem Kreml ermöglicht, sein Öl trotz eines vom Westen verhängten Embargos und einer Preisobergrenze für seine weltweiten Verkäufe zu exportieren.

Solche Schiffe, die auch als „dunkle Flotten“ bezeichnet werden, werden auch von Ländern wie dem Iran und Venezuela, die beide unter US-Ölsanktionen stehen, und sogar von Nordkorea genutzt, so die Atlantic Council-Forscherin Elisabeth Braw. Laut Statistiken von Lloyd's List Intelligence hat sich die Zahl dieser Schiffstypen im vergangenen Jahr verdoppelt und macht nun etwa 10 Prozent der international operierenden Öltanker aus. Das entspricht etwa 1.400 Schiffen, so der Atlantic Council im Januar.

Russland wurde mit einem Ölembargo, einer Preisobergrenze für russisches Rohöl und einem Verbot der Erbringung von Dienstleistungen für den Öltransport auf dem Seeweg belegt, um zu verhindern, dass es seinen Krieg mit der Ukraine finanziert. Um dieses Embargo zu umgehen, musste Moskau seine Abhängigkeit von westlichen Schifffahrtsdiensten verringern, indem es Tanker kaufte und seine eigene Versicherung abschloss, so das Beratungsunternehmen Rystad Energy. Experten schätzen, dass mehr als 70 Prozent des auf dem Seeweg transportierten russischen Öls über die Geisterflotte transportiert wird. Die Kyiv School of Economics schätzte im Bericht Russian Oil Tracker, dass im November 2023 179 beladene Tanker der Schattenflotte russische Häfen verließen. Im vergangenen Oktober habe die russische Schattenflotte den Export von rund 2,3 Millionen Barrel Rohöl und 800.000 Barrel Erdölprodukten pro Tag bei einer russischen Gesamtproduktion von 10 Millionen Barrel pro Tag ermöglicht, heißt es weiter. „Die meisten Schiffe dieser dunklen Flotte wurden in letzter Zeit nicht inspiziert, sind mangelhaft gewartet, haben unklare Eigentumsverhältnisse, sind nicht versichert und werden betrieben, um Sanktionen und hohe Versicherungskosten zu umgehen“, so Lloyd's List Intelligence im Dezember. KSE warnt regelmäßig davor, dass die alternden Schiffe „enorme Umweltrisiken für die EU“ darstelle.

Türkei und Brasilien führen russische Dieselimporte inmitten von EU-Sanktionen an

Nach Angaben der Nachrichtenagentur Reuters waren die Türkei und Brasilien im vergangenen Jahr die wichtigsten Abnehmer von russischem Schiffsdiesel und Gasöl, nachdem die Europäische Union Sanktionen verhängt hatte, die die Einfuhr russischer Raffinerieprodukte verboten. Diese Informationen beruhen auf Daten von Marktquellen und der London Stock Exchange Group (LSEG).

Bevor das vollständige EU-Embargo im Februar 2023 in Kraft trat, verkaufte Russland Diesel hauptsächlich nach Europa. Mit der Verhängung der Sanktionen leiteten die Händler jedoch Diesellieferungen von russischen Häfen an verschiedene Bestimmungsorte um, darunter Brasilien, die Türkei, Länder in Afrika, Asien und im Nahen Osten sowie über Ship-to-Ship-Ladungen (STS).

Nach Angaben der London Stock Exchange Group (LSEG) hat Russland im vergangenen Jahr rund 13,5 Millionen Tonnen Diesel und Gasöl in die Türkei exportiert, was einen deutlichen Anstieg gegenüber den 5 Millionen Tonnen im Jahr 2022 bedeutet. Der Bestimmungsort des Dieselmotorkraftstoffs innerhalb der Türkei oder die Weiterlieferung an andere Orte bleibt unklar. Die Verschiffung von Diesel aus russischen Häfen nach Brasilien stieg im Jahr 2023 auf rund 6,5 Millionen Tonnen an, ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 74.000 Tonnen im Jahr 2022.

Sanktionswidriges Baumwollnebenprodukt als Schlüsselkomponente für russische Waffen

Die Verwendung westlicher Elektronikkomponenten in russischen Raketen hat seit Beginn des Krieges in der Ukraine Besorgnis erregt, aber ein Material, von dem die meisten Menschen noch nichts gehört haben, ist noch kritischer, kommentiert die Kyiv Post. Baumwollzellstoff ist ein glänzendes, natürliches Material, das aus den nach der Verarbeitung von Baumwollsamensamen übrig bleibenden Fasern hergestellt wird. Die zähen und doch weichen Fasern haben eine Vielzahl von Verwendungsmöglichkeiten, vor allem bei der Herstellung verschiedener Arten von Papier, einschließlich Banknoten, Lacken und Farben. Ein weiterer, weniger harmloser Verwendungszweck des Materials ist die Herstellung von Nitrocellulose, die ihrerseits ein wichtiger Rohstoff für die Herstellung aller Treibstoffe und anderer explosiver Komponenten ist.

Die Moscow Times berichtet unter Berufung auf Zolldaten, dass Russland seit Beginn des Krieges in der Ukraine immer größere Mengen an Nitrocellulose über die Türkei und China bezieht. In den vergangenen zwei Jahren hat Russland demnach im Rahmen von fast 80 Einzelverträgen insgesamt 6.000 Tonnen Nitrocellulose importiert, obwohl die EU die Lieferung des Materials nach Russland seit April 2022 verboten hat. Die Menge ist fünfmal so hoch wie vor 2022, und fast zwei Drittel davon wurden von zwei türkischen Unternehmen geliefert, der Rest von einem einzigen chinesischen Lieferanten. Es wird vermutet, dass der türkische Lieferant den Großteil seiner Nitrocellulose von EU-Herstellern in Deutschland, Tschechien, Italien und Spanien bezog. Diese doppelte Handhabung führte zu einem erheblichen Preisanstieg für das Material, das von dem türkischen Lieferanten stammt. Die verstärkte Kontrolle der Lieferung von Nitrocellulose und anderen Materialien mit doppeltem Verwendungszweck durch die US-Sanktionsbehörden könnte Russland dazu zwingen, sich diesen wichtigen Rohstoff anderswo zu beschaffen.

Baumwollzellstoff wird bereits aus Kasachstan und Usbekistan nach Russland geliefert. Das Organized Crime and Corruption Project (OCCRP), ein Netzwerk investigativer Journalisten, berichtete im Dezember, dass die beiden Länder seit Februar 2022 verstärkt Baumwollzellstoff nach Russland exportiert haben. Unter Berufung auf Handelsdaten berichtet OCCRP, dass die meisten Baumwollzellstoffexporte aus den zentralasiatischen Ländern nach Russland über zwischengeschaltete Importunternehmen gingen, bevor sie an staatliche Munitionsfabriken weiterverkauft wurden, die von der Ukraine, den USA, der EU und anderen Ländern sanktioniert wurden.

Von der Moscow Times zitierte Experten vermuten, dass Russlands Einfuhren von Nitrocellulose und Baumwollzellstoff ausreichen, um das Äquivalent von 700.000 Artilleriegranaten pro Jahr herzustellen. Baumwollzellstoff mag zwar ein eher banales Material sein, aber er ist für die Kriegsmaschinerie des Kremls unverzichtbar, und die Bemühungen, seine Weitergabe an Russland zu verhindern, müssen ebenso intensiv sein wie die für Mikrochips und andere technologisch fortschrittlichere Komponenten.

Russland schreibt jetzt auch FDP-Politiker zur Fahndung aus

Die russische Regierung hat mehrere hochrangige europäische Politikerinnen und Politiker zur Fahndung ausgeschrieben – darunter Estlands Regierungschefin Kaja Kallas. Dies geht aus einem Vermerk hervor, der am 13.2. auf der Internetseite des Moskauer Innenministeriums zu sehen war. Nun soll mit Michael Rubin auch ein deutscher Politiker auf der Liste stehen. Das schilderte der Betroffene gegenüber der „Bild“-Zeitung .

Rubin, FDP-Politiker aus Frankfurt am Main, gibt an, in der Datenbank des russischen Innenministeriums mit Foto, Namen, Geburtsort und -datum gelistet zu sein. Auf einem entsprechenden Screenshot des Aufrufs wird er als „besonderes gefährlicher gesuchter Verbrecher“ eingestuft. Ausführungen zu den angeblichen Verbrechen gibt es keine.

Rubin hat belarussische Wurzeln und engagiert sich seit Jahren gegen den Diktator seines Heimatlandes, Alexander Lukaschenko, sowieso gegen die russische Regierung. Mit offenen Briefen unterstützte Rubin in der Vergangenheit in Russland inhaftierte Politiker, engagierte sich für die belarussische Oppositionelle Swetlana Tichanowskaja und organisierte in Deutschland Mahnwachen für den ermordeten Putin-Gegner Boris Nemzow. Auf seinem YouTube-Kanal kritisiert er immer wieder Russland.

Auch bei der estnischen Regierungschefin Kallas sind die Vorwürfe fragwürdig. Laut dem Kreml werden ihr feindselige Handlungen gegen Russland und die „Schändung des historischen Gedächtnisses“ vorgeworfen. Auch nach dem estnischen Staatssekretär Taimar Peterkop und dem litauischen Kulturminister Simonas Kairys wird gefahndet.

[Russland: FDP-Politiker Michael Rubin vom Kreml zur Fahndung ausgeschrieben - DER SPIEGEL](#)

Außerdem hat Russland seine Liste mit Personen erweitert, denen die Einreise verboten ist. Ergänzt wurden unter anderem 18 hochrangige Briten, wie Global Sanctions.com berichtet.

[Заявление МИД России о персональных санкциях в отношении представителей военно-политического истеблишмента и научно-академического сообщества Великобритании - Министерство иностранных дел Российской Федерации \(mid.ru\)](#)

5. USA

USA: Sanktionen zur Durchsetzung der Preisobergrenze für russisches Öl und Handelsverbot für Diamanten

Das U.S. Office of Foreign Assets Control (OFAC) kündigte am 8. Februar neue Sanktionen gegen vier Unternehmen und ein Frachtschiff an, weil sie gegen die von den G7 festgesetzte Preisobergrenze von 60 Dollar pro Barrel für den Handel mit russischem Öl verstoßen haben, dies berichtet Kyiv Independent. Es ist die zweite derartige Maßnahme, die das OFAC im Jahr 2024 ergreift, um die Preisobergrenze durchzusetzen.

Die Länder der G7 versprachen, die Durchsetzung der Preisobergrenze, die erstmals im Dezember 2022 eingeführt wurde, zu verstärken, nachdem es Russland weiterhin gelungen war, einen Großteil seines Rohöls über 60 US-Dollar pro Barrel zu verschiffen, indem es eine „Geisterflotte“ von meist unversicherten Tankern einsetzte.

Im Oktober 2023 verhängten die USA erstmals Sanktionen gegen zwei Unternehmen und zwei ihrer Tankschiffe, die gegen die Preisobergrenze verstoßen hatten. Seither wurden weitere Unternehmen und Schiffe wegen Verstößen gegen die Preisobergrenze sanktioniert.

Die vom OFAC am 8. Februar angekündigten Sanktionen richteten sich gegen drei Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und eines in Liberia. Die Ankündigung des OFAC umfasste auch ein Einfuhrverbot für russische Diamanten.

[Treasury Targets Price Cap Violation Network and Implements G7 Ban on Russian Diamonds | U.S. Department of the Treasury](#)

[US announces new sanctions aimed at enforcing price cap on Russian oil \(kyivindependent.com\)](#)

Neue US-Finanzsanktionen und Sanktionen gegen Tankschiffe zeigen offenbar Wirkung

Die Ende Dezember verschärften US-Finanzsanktionen gegen Banken aus Drittländern, die noch Geschäfte mit russischen Partnern abwickeln, zeigen offenbar Wirkung, wie das oppositionelle russische Onlineportal Meduza und die Frankfurter Rundschau berichten. Die chinesische Chouzhou Commercial Bank hat ihre Kunden darüber informiert, dass sie ihre Geschäfte mit Russland einstellt, berichtete die russische Wirtschaftszeitung Vedomosti unter Berufung auf Finanzberater und Geschäftsleute, die mit der Bank zusammenarbeiten. Der Zeitung zufolge war Chouzhou Commercial die führende Abwicklungsbank für russische Importeure, die mit China zusammenarbeiten.

Den Quellen von Vedomosti zufolge teilte die Bank ihren Kunden in der vergangenen Woche mit, dass sie die Geschäfte mit allen russischen und belarussischen Unternehmen einstellt. „Wir haben bereits mehrere Geschäfte deswegen platzen lassen“, sagte ein Geschäftsinhaber. Ein Geschäftsmann aus der russischen Stadt Izhevsk erzählte der

Zeitung, dass die Chouzhou Commercial Bank ihm im Dezember mitteilte, dass sie keine Zahlungen mehr für eine bestimmte Liste von Waren abwickeln würde, deren Ausfuhr nach Russland durch westliche Sanktionen verboten ist. Einige Wochen später habe ihm die Bank mitgeteilt, dass sie die Abrechnungen mit russischen Unternehmen vollständig einstelle.

Die Quellen berichteten Vedomosti auch, dass andere chinesische Banken ihre Regeln für die Zusammenarbeit mit russischen Kunden verschärft haben. So haben einige Banken damit begonnen, von den Käufern von Waren eine Bestätigung zu verlangen, dass sie keinen Kontakt zu sanktionierten Personen oder Unternehmen hatten und dass die Waren nicht für Verteidigungszwecke verwendet oder auf die annektierte Krim geliefert werden.

Der Kreml räumte nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP ein, dass es zu Problemen zwischen russischen Unternehmen und chinesischen Banken komme. „Wir stehen in engem Dialog mit unseren chinesischen Freunden und werden alle [...] Probleme lösen“, erklärte Kreml-Sprecher Dmitri Peskow am Mittwoch (7. Februar) vor Journalisten. Die russische Regierung arbeite daran, das Problem zu lösen.

Die Zhejiang Chouzhou ist laut Vedomosti nicht die einzige Bank, die die Russlandgeschäfte stärker reguliert. Ein Grund könnte die Befürchtung von westlichen Sanktionen für chinesische Banken sein, sollten die Banken zu locker mit sanktionierten russischen Unternehmen umgehen. China ist seit dem Beginn des Ukraine-Krieges zu Russlands wichtigstem Wirtschaftspartner geworden.

Öltanker transportieren weniger russisches Öl

Die neuen Sanktionen der USA haben in den letzten Monaten nun einen beträchtlichen Teil der Tankerflotte, die zum Transport russischen Rohöls ins Ausland genutzt wird, außer Betrieb gesetzt, berichtet die Berliner Zeitung mit Hinweis auf das US-amerikanische Nachrichtenportal Bloomberg, das Schiffsverfolgungsdaten ausgewertet hat. Dem Bericht zufolge hat mehr als die Hälfte der 50 Tanker, gegen die das US-Finanzministerium Sanktionen verhängte, seit Anfang Oktober keine russische Fracht mehr geladen.

Sanktionen der USA: Immer mehr Tanker stellen Öltransport aus Russland ein
Das sei ein Zeichen dafür, dass härtere Maßnahmen der westlichen Behörden spürbare Auswirkungen auf Moskau hätten, schreibt Bloomberg. Der Öltanker NS Leader des russischen Staatsunternehmens Sovkomflot hat demnach Anfang Februar vor der portugiesischen Küste sofort eine Kehrtwende vollzogen, nachdem er auf die schwarze Liste der USA gesetzt wurde. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Schiff auf dem Weg zu einem russischen Hafen in der Ostsee.

Im Dezember 2022 hatte die Gruppe der Sieben (G7) eine Preisobergrenze von 60 US-Dollar pro Barrel russischen Rohöls eingeführt. Zwei Monate später wurden Obergrenzen für raffinierte Produkte eingeführt. Diese Maßnahmen haben allerdings nicht sofort Wirkung gezeigt, also begannen die US-Behörden, die Schiffe direkt zu sanktionieren.

Acht einzelne Öltanker wurden auf diese Weise zwischen dem 10. Oktober und dem 12. Dezember direkt von den USA sanktioniert. Weitere 24 Tanker wurden am 20. Dezember auf die schwarze Liste gesetzt, als das US-Finanzministerium Maßnahmen gegen SUN Ship Management D Ltd. ergriff, ein Unternehmen im Besitz von Sovcomflot. Hennessea Holdings Ltd., ein in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässiger Eigner von 18 Schiffen, wurde am 18. Januar in die Sanktionsliste aufgenommen.

Von den seit Anfang Oktober sanktionierten 50 Tankern haben dem Bericht zufolge lediglich 18 Schiffe russische Fracht aufgenommen. Neun davon waren Shuttleschiffe, und die anderen neun scheinen laut Schiffsverfolgungsdaten Ladungen wie gewöhnlich aufzunehmen, seitdem sie auf die Sanktionsliste gesetzt wurden. Einer transportiere immer noch eine russische Ladung, die er vor der Sanktionierung an Bord genommen habe, heißt es.

[Russland vor „Logistikzusammenbruch“: China-Bank lässt Putin auflaufen \(fr.de\)](#)

[Sanktionen der USA: Russland verliert plötzlich Öltanker \(berliner-zeitung.de\)](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Angeleichung an EU-Sanktionspaket

Die EU-Kandidatenländer Nordmazedonien, Montenegro, Albanien, Ukraine und Bosnien und Herzegowina sowie die EFTA-Länder Island, Liechtenstein und Norwegen haben sich dem 12. Sanktionspaket der EU angeschlossen.

[Statement by the High Representative on behalf of the EU on the alignment of certain countries concerning restrictive measures in view of Russia's actions destabilising the situation in Ukraine - Consilium \(europa.eu\)](#)

Armenien

Beitritt zum Internationalen Strafgerichtshof

Armenien ist jetzt offiziell dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) beigetreten, ein Schritt, den der traditionelle Verbündete Moskau als unfreundlichen Schritt verurteilt hat. Der Gerichtshof mit Sitz in Den Haag hatte im März einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen des Krieges in der Ukraine und der illegalen Abschiebung von Kindern nach Russland erlassen. Eriwan ist nun verpflichtet, den russischen Staatschef zu verhaften, wenn er sein Staatsgebiet betritt.

„Das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs ist für Armenien offiziell am 1. Februar in Kraft getreten“, sagte der offizielle Vertreter des Landes für internationale Rechtsangelegenheiten, Yeghishe Kirakosyan, gegenüber AFP. Der Sprecher des Kremls, Dmitri Peskow, sagte, Armenien habe eine "falsche Entscheidung" getroffen, als sein Parlament im Oktober für die Ratifizierung des Römischen Statuts des IStGH stimmte, und das russische Außenministerium nannte den Schritt einen „unfreundlichen Schritt“.

Israel

Gericht erlaubt Überweisung von Abramowitsch

Ein Gericht in Tel Aviv hat Berichten zufolge die Mizrahi Tefahot Bank angewiesen, acht Millionen Schekel vom Konto von Roman Abramowitsch an die israelische Hilfsorganisation ZAKA zu überweisen. Die Bank verweigerte die Überweisung unter Hinweis auf die Sanktionen der EU und des Vereinigten Königreichs gegen Abramowitsch. Daraufhin wies der Richter darauf hin, dass die Gelder in Israel verbleiben werden, und die Überweisung daher möglich sei, dass die Sanktionen in Israel nicht gelten würden.

[Court orders bank to transfer Abramovich's funds to ZAKA - Israel News - The Jerusalem Post \(jpost.com\)](#)

Schweiz

Handel der Schweiz mit Russland trotz Sanktionen kaum gesunken

Die Schweiz hat sich den Sanktionen der EU gegen Russland angeschlossen. Trotzdem verfestigte sich der Eindruck, dass Russland weiterhin gut aus der Schweiz versorgt werde, schreibt die NZZ in einer ausführlichen Analyse. Dabei gebe es auch den Verdacht der Sanktionsumgehung.

Die Schweiz exportierte im Jahr 2023 Güter im Wert von 2,6 Milliarden Franken nach Russland. Dies zeigten Handelsdaten des Schweizer Bundesamts für Zoll und dies sei nur knapp 20 Prozent weniger als 2019 und sogar 2,5 Prozent mehr als 2018. Ganz anders habe sich da der Handel Deutschlands mit Russland entwickelt. Hier sind Rückgänge von 80 Prozent und mehr verzeichnet worden.

„Dass die Schweizer Exporte relativ hoch geblieben sind, deutet darauf hin, dass entweder die Sanktionen nicht umfassend genug waren, um diese zu beeinträchtigen, oder dass es spezifische Ausnahmen gab“, sagte Stefan Legge, Handelsexperte an der Universität St. Gallen (HSG) der NZZ.

Tatsächlich steche eine Warengruppe heraus: Pharmaexporte, die keinen Sanktionen unterliegen. Sie kletterten 2022, im ersten Kriegsjahr, auf 1,9 Milliarden Franken. Auch 2023 waren es noch 1,7 Milliarden Franken – etwas mehr als 2019 und fast doppelt so viel wie 2018. Ein Teil des Wertanstiegs dürfte auch auf Preiserhöhungen wegen gestiegener Material- und Transportkosten zurückgehen. Warum die russische Nachfrage nach Pharmaprodukten zugenommen hat, liege angesichts des Krieges auf der Hand.

Der Ukraine-Krieg habe aber nicht nur das Geschäft der Schweiz mit Russland verändert, sondern auch das Geschäft mit der Gruppe ehemaligen Sowjetstaaten, wie Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Moldau, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan. Wenn man den Handel mit Edelmetallen ausklammere, erreichten die Schweizer Exporte in diese Ländergruppe 2019 vor der Corona-Pandemie einen Wert von 690 Millionen Franken. Im Jahr 2023 betrug der Wert der Schweizer Exporte in die ehemaligen Sowjetstaaten dann 945 Millionen Franken. Gegenüber 2019 hätten die Exporte in die zehn Ostländer wertmäßig um 37 Prozent zugenommen. Vor allem die Zunahmen bei drei Ländern stechen heraus. Der Wert der Schweizer Exporte nach Armenien nahm um 91 Prozent zu, bei Kasachstan sind es 87 Prozent und bei Georgien 79 Prozent.

Ein wichtiger Teil des Anstiegs entfalle abermals auf Pharmaausfuhren. Aber manche Exporte in Russlands ehemalige Satellitenstaaten dürften auf Sanktionsumgehungen zurückzuführen sein, schreibt die NZZ. Bedarf an neuen Handelsrouten gebe es etwa bei Luxusgütern. Deren Ausfuhr nach Russland ist verboten. In die zehn Ost-Länder wurden 2023 Uhren aus der Schweiz im Wert von 86 Millionen Franken geliefert – 45 Prozent mehr als 2019. „Diese Entwicklung ist tendenziell verdächtig“, kommentiert Ronny Oberholzer, der mit Legge am Institut für Law und Economics der HSG forscht. Allerdings sei die absolute Zunahme deutlich geringer als der Rückgang der Uhrenexporte nach Russland. Wenn es sich hier um Umgehungsgeschäfte handelt, wird der Handel also längst nicht im vollen Ausmaß über die ehemals sowjetischen Nachbarstaaten umgeleitet.

Klarer sei die Lage bei anderen Luxusgütern: Schweizer Bijouterie und Juwelierwaren seien auf einmal viel begehrter, besonders in Kasachstan. Insgesamt importierten die zehn Ost-Länder vergangenes Jahr solchen Schmuck im Wert von 47 Millionen Franken – fast fünf Mal so viel wie 2019. Diese Zunahme entspricht weitaus mehr dem signifikanten Rückgang bei den Exporten nach Russland.

Auch im Maschinenbau sind entsprechende Bewegungen zu erkennen, schreibt die NZZ. Klammere man die Exporte nach Belarus aus, wo das Eisenbahnwerk des Stadler-Konzerns inzwischen geschlossen worden sei, exportierten Schweizer Firmen im Jahr 2023 rund 80 Prozent mehr optische Geräte in die verbliebenen neun Ost-Länder als 2019 – insgesamt im Wert von 48 Millionen Franken. Auffällig seien die Anstiege bei Kasachstan und Armenien. Ein wichtiger Teil der Zunahme gehe auf eine verdächtige Warengruppe zurück: Theodoliten und Tachymeter. Das sind Messinstrumente zur Bestimmung von Winkeln und Entfernungen. Einsetzen lassen sie sich unter anderem auch zur Kartierung und zur Zielberechnung, etwa für die Flugbahn von Mörsergranaten.

„Zahlreiche Anfragen der Industrie für die Lieferung von Werkzeugmaschinen nach Usbekistan und Kasachstan wurden negativ beurteilt“, teilt auf NZZ-Anfrage die zuständige Stelle Seco mit. Dies sei „aufgrund der fehlenden Plausibilität für die Endverwendung in diesen Ländern“ geschehen. Im Fokus der Kontrollen stünden ferner Exporte nach Armenien, Georgien und Kirgistan, so das Seco weiter. Ebenfalls genau beobachtet werden Geschäfte unter anderem mit der Türkei, China und den Emiraten.

Hinweise auf solche Umgehungsgeschäfte gibt es auch aus Deutschland. Dort haben sich die Exporte in ehemals sowjetische Nachbarländer Russlands seit Kriegsbeginn zeitweise mehr als verdoppelt. Das hat das Statistische Bundesamt festgestellt. Ausfuhren von Maschinen kletterten stark, aber auch von chemischen Erzeugnissen und besonders von Autos und Autoteilen – den klassischen Stärken der deutschen Industrie.

Hier der ganze Beitrag mit vielen Grafiken:

[Russland: Schweizer Exporte als mögliche Umgehungsgeschäfte \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/russland/schweizer-exporte-als-moegliche-umgehungsgeschaefte-nzz.ch)

Ermittlungen gegen drei Rohstoffunternehmen

Das Schweizer Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) hat Berichten zufolge gegen drei Rohstoffhandelsunternehmen wegen möglicher Verstöße gegen die Russland-Sanktionen ermittelt, weil sie über ausländische Tochtergesellschaften Geschäfte mit Russland tätigen.

Wie das Schweizer Radio SRF berichtet, hat das SECO zwei der Unternehmen an die Schweizerische Bundesanwaltschaft (BA) verwiesen, um eine Strafverfolgung zu prüfen. Die Bundesanwaltschaft muss nun entscheiden, ob sie ein formelles Verfahren einleiten will.

[Swiss prosecutors reportedly probing Russia sanctions breaches - SWI swissinfo.ch](https://www.swissinfo.ch/ger/swiss-prosecutors-reportedly-probing-russia-sanctions-breaches)

Taiwan

Ausweitung der Listen sanktionierter Güter

Taiwan hat Berichten zufolge 77 Positionen in die Liste der Werkzeugmaschinen aufgenommen, die ab dem 8. März 2024 Ausfuhrbeschränkungen nach Russland und Belarus unterliegen, darunter CNC-Werkzeugmaschinen, Bearbeitungszentren, Dreh- und Fräsmaschinen sowie Schleifmaschinen.

[Taiwan expands list of export control items to Russia and Belarus - Focus Taiwan](#)

7. Blick über den Tellerrand

Frankreich verhängt Sanktionen gegen israelische Siedler

Inzwischen haben drei westliche Staaten Sanktionen gegen radikale israelische Siedler im Westjordanland verhängt: Nach Großbritannien und den USA geht nun auch Frankreich gegen radikale israelische Siedler im Westjordanland vor. Man werde 28 von ihnen die Einreise verweigern, teilte das französische Außenministerium mit. Sie würden beschuldigt, Palästinenser in dem besetzten Gebiet angegriffen zu haben. Namen wurden nicht genannt. Frankreich hatte vor Monaten entsprechende Maßnahmen im Rahmen der EU angeregt. Ein gemeinsames europäisches Vorgehen wird auch von der Bundesregierung angestrebt. Bislang ist es dazu aber noch nicht gekommen.

[Frankreich verhängt Sanktionen gegen israelische Siedler | tagesschau.de](#)

Wiederaufbaukosten werden auf fast 450 Milliarden Euro geschätzt

Die Kosten für Wiederaufbau und die Erholung der von Russland angegriffenen Ukraine werden mit Stand vom 31. Dezember 2023 auf mindestens 486 Milliarden US-Dollar (rund 453 Milliarden Euro) in den kommenden zehn Jahren geschätzt. Das geht aus einem gemeinsamen Bericht der ukrainischen Regierung, der Weltbank und den Vereinten Nationen hervor, der am 15. Februar veröffentlicht wurde und über den die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Grundlage für die Berechnungen sei der Zeitraum vom Beginn des Krieges am 24. Februar 2022 bis zum 31. Dezember 2023. Die finanziellen Verluste durch den Krieg in diesem Zeitraum werden für die Ukraine gleichzeitig mit 499 Milliarden US-Dollar (rund 465 Milliarden Euro) angegeben.

Die direkt durch den Krieg verursachten Schäden werden auf 152 Milliarden US-Dollar (rund 142 Milliarden Euro) geschätzt. Die am meisten betroffenen Bereiche seien Wohnen (37 Prozent), Verkehr (22 Prozent), Handel und Industrie (10 Prozent), Landwirtschaft und Energie (jeweils 7 Prozent).

Wegen der geringen Verschiebungen an der Front sei der direkte Schaden im Vergleich zu vor rund einem Jahr (135 Milliarden US-Dollar) nicht wesentlich angestiegen, heißt es weiter. Die Schäden für die Ukraine blieben aber immens. „Im Jahr 2023 gab es regelmäßig intensive Angriffe auf die Infrastruktur vor allem im Südosten, die sich über viele Regionen erstreckten“, schreiben die Autorinnen und Autoren. Es seien etwa 8400 Kilometer Autobahnen, Schnellstraßen und andere Nationalstraßen, mehr als 200 Bahnhöfe und 150 Eisenbahnbrücken beschädigt worden.

Mit Stand Dezember 2023 sind demnach schätzungsweise 5,9 Millionen Menschen als Geflüchtete innerhalb Europas registriert, 3,7 Millionen Menschen zählen mit Stand Oktober 2023 als Binnenflüchtlinge innerhalb der Ukraine.

Der Bericht nennt außerdem eine Finanzierungslücke von 9,5 Milliarden US-Dollar (rund 8,8 Milliarden Euro) für das Jahr 2024 für die „Bewältigung der unmittelbaren Wiederaufbau- und Wiederherstellungsprioritäten“.

8. Termine

Ukraine Recovery Conference (URC):

Einbindung der Deutschen Wirtschaft und anstehende Termine

Am 11. und 12. Juni 2024 findet in Berlin die Ukraine Recovery Conference (URC2024) statt. Die Vorbereitungen seitens der Bundesregierung und der ukrainischen Regierung haben bereits begonnen. Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Deutsche Industrie- und Handelskammer, die AHK Ukraine sowie Germany Trade and Invest (GTAI) stehen hierzu in engem Austausch mit den verantwortlichen Ministerien BMZ, AA und BMWK und haben bereits im Vorfeld der URC2024 am 22. Januar ein kurzes **De-Briefing** und eine **Abfrage** zur Bündelung und Strukturierung der Interessen deutscher Unternehmen und Verbände durchgeführt. Die Ergebnisse der Abfrage wurden am 2. Februar an die beteiligten Ressorts übermittelt. Das Verfahren ist mit dieser Abfrage ausdrücklich nicht abgeschlossen. Sollten Sie noch eine Interessensbekundung einreichen wollen, können Sie diese an den [Service Desk Ukraine](#) richten. Wir werden die Rückmeldungen gebündelt an die zuständigen Ansprechpartner in den Ministerien weiterleiten. Wenn Sie mehr Informationen zum aktuellen Planungsstand URC2024 bekommen möchten, besuchen Sie die im Rahmen des Cafe Kyiv stattfindende [Paneldiskussion „Auf dem Weg zur Ukraine Recovery Conference 2024 in Berlin – Wiederaufbau gemeinsam gestalten“](#) am **19. Februar** um 16:00 Uhr und/oder melden Sie sich zur [Online-Informationsveranstaltung der Bundesregierung zur URC 2024](#), die am **26. Februar** von der Plattform Wiederaufbau Ukraine organisiert wird. Das nächste De-Briefing des Ost-Ausschusses und der Partnerverbände zum Thema Vorbereitungen auf die URC2024 wird voraussichtlich **Mitte März** stattfinden. Davor gibt es voraussichtlich am **6. März** einen weiteren Online-Austausch zum Thema privates Kapital in der Ukraine / Finanzierungsmöglichkeiten. Die Mitglieder des Ost-Ausschusses erhalten rechtzeitig eine Einladung mit weiteren Details. Andere Interessenten können sich gerne an [Service Desk Ukraine](#) wenden.

9. Tipps & Links

Der Europaausschuss des britischen Oberhauses hat seinen Bericht „**The Ukraine Effect: The impact of Russia's invasion of Ukraine on the UK- EU relationship**“ veröffentlicht. In ihm geht es unter anderem um die Zusammenarbeit zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU bei Sanktionen. [The Ukraine Effect: The impact of Russia's invasion of Ukraine on the UK–EU relationship \(parliament.uk\)](https://www.parliament.uk/resources/research-briefings/ukraine-effect-the-impact-of-russia-s-invasion-of-ukraine-on-the-uk-eu-relationship/)

Gehört der russische Milliardär, Yandex-Gründer und Putin-Kritiker **Arkadij Wolosh** wirklich auf die EU-Sanktionsliste? Ein Spiegel-Beitrag weckt daran Zweifel. Die englische Version des Artikels ist Online frei verfügbar: [Does Russian Billionaire Arkady Volozh Really Belong on the EU Sanctions List? - DER SPIEGEL](https://www.spiegel.de/international/usa/does-russian-billionaire-arkady-volozh-really-belong-on-the-eu-sanctions-list-a-1234567890.html)

Sind die EU-Sanktionen gegen **russische Oligarchen** falsch? Im Interview mit dem Spiegel äußert diese Einschätzung der russische Elitenforscher Jakowlew: ["Ineffektiver Mechanismus": Ökonom fordert Kurswechsel bei EU-Sanktionen gegen Oligarchen - n-tv.de](https://www.spiegel.de/international/usa/ineffektiver-mechanismus-ökonom-fordert-kurswechsel-bei-eu-sanktionen-gegen-oligarchen-a-1234567890.html)

Zwei Jahr nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges und der Veröffentlichung des ersten EU-Sanktionspakets versucht sich die Frankfurter Rundschau an einer **Bilanz**. Negative Folgen für Russland seien durchaus zu beobachten, deren Wirkung aber noch in einem frühen Stadium: [Sanktionen – Russland in Frühstufe des wirtschaftlichen Rückgangs](https://www.fr-online.de/wirtschaft/sanktionen-russland-in-fruehstufe-des-wirtschaftlichen-rueckgangs-101888888.html)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Risikoleitfaden für Unternehmen zur Sanktionsumsetzung:
[Sanktionsumgehung – Hinweispapier zur Unterstützung der Unternehmen beim Umgang mit warenverkehrsbezogenen Sanktionen \(quisuisse.net\)](https://www.bmwk.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Sanktionen/Hinweisepapier_zur_Unterstuetzung_der_Unternehmen_beim_Umgang_mit_warenverkehrsbezogenen_Sanktionen.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

Weitere Hinweise zum Thema:
[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](https://www.bmwk.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Sanktionen/Sanktionsdurchsetzung_und_Sanktionsstrafrecht.pdf?__blob=publicationFile&v=19)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen
[BAFA - Russland](https://www.bafa.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/2207/220707_russland_sanktionen.html)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:
<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:
https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-FAQ zu Sanktionen (Stand 6.2.24):

[Consolidated version - Frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine and Belarus' involvement in it. \(europa.eu\)](#)

Aktuelle Entwicklungen bei den FAQ:

[Frequently asked questions - Sanctions against Russia \(europa.eu\)](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[List of economically critical goods - A list of mainly industrial goods subject to EU sanctions, for which anomalous trade flows via certain third countries to Russia have been detected \(europa.eu\)](#)

[List of common high priority items - European Commission \(europa.eu\)](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

„**Kurzinformationen für Arbeitgeber**“ sind zu diesem Thema auch auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:
[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:
[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:
[News \(aebrus.ru\)](#)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)
Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.
[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:
[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Der „**Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker**“ verfolgt restriktive Maßnahmen für Lebensmittel und Düngemittel. Die Auswirkungen von Exportbeschränkungen auf der ganzen Welt werden als prozentualer Anteil der von Exportbeschränkungen betroffenen

Kalorieneinfuhren der einzelnen Länder dargestellt. Der Tracker kann auch dazu verwendet werden, die aktuelle Situation mit der Lebensmittelpreiskrise 2007-2008 zu vergleichen.

[Food and Fertilizer Export Restrictions Tracker | Tool | Food Security Portal](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln



Andreas Metz | Leiter Public Affairs

a.metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss
in f X @ ▶